

Sonderdruck aus:

Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

Gunnar Adler-Karlsson

Gedanken zur Vollbeschäftigung

12. Jg./1979

4

Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (MittAB)

Die MittAB verstehen sich als Forum der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Es werden Arbeiten aus all den Wissenschaftsdisziplinen veröffentlicht, die sich mit den Themen Arbeit, Arbeitsmarkt, Beruf und Qualifikation befassen. Die Veröffentlichungen in dieser Zeitschrift sollen methodisch, theoretisch und insbesondere auch empirisch zum Erkenntnisgewinn sowie zur Beratung von Öffentlichkeit und Politik beitragen. Etwa einmal jährlich erscheint ein „Schwerpunktheft“, bei dem Herausgeber und Redaktion zu einem ausgewählten Themenbereich gezielt Beiträge akquirieren.

Hinweise für Autorinnen und Autoren

Das Manuskript ist in dreifacher Ausfertigung an die federführende Herausgeberin Frau Prof. Jutta Allmendinger, Ph. D. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 90478 Nürnberg, Regensburger Straße 104 zu senden.

Die Manuskripte können in deutscher oder englischer Sprache eingereicht werden, sie werden durch mindestens zwei Referees begutachtet und dürfen nicht bereits an anderer Stelle veröffentlicht oder zur Veröffentlichung vorgesehen sein.

Autorenhinweise und Angaben zur formalen Gestaltung der Manuskripte können im Internet abgerufen werden unter http://doku.iab.de/mittab/hinweise_mittab.pdf. Im IAB kann ein entsprechendes Merkblatt angefordert werden (Tel.: 09 11/1 79 30 23, Fax: 09 11/1 79 59 99; E-Mail: ursula.wagner@iab.de).

Herausgeber

Jutta Allmendinger, Ph. D., Direktorin des IAB, Professorin für Soziologie, München (federführende Herausgeberin)
Dr. Friedrich Buttler, Professor, International Labour Office, Regionaldirektor für Europa und Zentralasien, Genf, ehem. Direktor des IAB
Dr. Wolfgang Franz, Professor für Volkswirtschaftslehre, Mannheim
Dr. Knut Gerlach, Professor für Politische Wirtschaftslehre und Arbeitsökonomie, Hannover
Florian Gerster, Vorstandsvorsitzender der Bundesanstalt für Arbeit
Dr. Christof Helberger, Professor für Volkswirtschaftslehre, TU Berlin
Dr. Reinhard Hujer, Professor für Statistik und Ökonometrie (Empirische Wirtschaftsforschung), Frankfurt/M.
Dr. Gerhard Kleinhenz, Professor für Volkswirtschaftslehre, Passau
Bernhard Jagoda, Präsident a.D. der Bundesanstalt für Arbeit
Dr. Dieter Sadowski, Professor für Betriebswirtschaftslehre, Trier

Begründer und frühere Mitherausgeber

Prof. Dr. Dieter Mertens, Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Karl Martin Bolte, Dr. Hans Büttner, Prof. Dr. Dr. Theodor Ellinger, Heinrich Franke, Prof. Dr. Harald Gerfin,
Prof. Dr. Hans Kettner, Prof. Dr. Karl-August Schäffer, Dr. h.c. Josef Stingl

Redaktion

Ulrike Kress, Gerd Peters, Ursula Wagner, in: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit (IAB), 90478 Nürnberg, Regensburger Str. 104, Telefon (09 11) 1 79 30 19, E-Mail: ulrike.kress@iab.de; (09 11) 1 79 30 16, E-Mail: gerd.peters@iab.de; (09 11) 1 79 30 23, E-Mail: ursula.wagner@iab.de; Telefax (09 11) 1 79 59 99.

Rechte

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion und unter genauer Quellenangabe gestattet. Es ist ohne ausdrückliche Genehmigung des Verlages nicht gestattet, fotografische Vervielfältigungen, Mikrofilme, Mikrofotos u.ä. von den Zeitschriftenheften, von einzelnen Beiträgen oder von Teilen daraus herzustellen.

Herstellung

Satz und Druck: Tümmels Buchdruckerei und Verlag GmbH, Gundelfinger Straße 20, 90451 Nürnberg

Verlag

W. Kohlhammer GmbH, Postanschrift: 70549 Stuttgart; Lieferanschrift: Heßbrühlstraße 69, 70565 Stuttgart; Telefon 07 11/78 63-0; Telefax 07 11/78 63-84 30; E-Mail: waltraud.metzger@kohlhammer.de, Postscheckkonto Stuttgart 163 30. Girokonto Städtische Girokasse Stuttgart 2 022 309. ISSN 0340-3254

Bezugsbedingungen

Die „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ erscheinen viermal jährlich. Bezugspreis: Jahresabonnement 52,- € inklusive Versandkosten: Einzelheft 14,- € zuzüglich Versandkosten. Für Studenten, Wehr- und Ersatzdienstleistende wird der Preis um 20 % ermäßigt. Bestellungen durch den Buchhandel oder direkt beim Verlag. Abbestellungen sind nur bis 3 Monate vor Jahresende möglich.

Zitierweise:

MittAB = „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ (ab 1970)
Mitt(IAB) = „Mitteilungen“ (1968 und 1969)
In den Jahren 1968 und 1969 erschienen die „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ unter dem Titel „Mitteilungen“, herausgegeben vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit.

Internet: <http://www.iab.de>

Gedanken zur Vollbeschäftigung

Gunnar Adler-Karlsson*

Dieses Diskussionspapier entstand auf Aufforderung des schwedischen Sekretariats für Zukunftsstudien und entwickelt thesenartig zunächst überraschend wirkende praktisch-utopische Ideen zur politischen Umgestaltung unserer Arbeitsgesellschaft.

Es versteht sich als Beitrag zur gegenwärtigen Bewußtseinsveränderung und -sensibilisierung in diesen Fragen, die in den Wirtschaftswissenschaften – von Ausnahmen wie Schumacher und Binswanger abgesehen – bisher kaum das ökonomische Denken beeinflusst hat. Gunnar Adler-Karlsson mit seiner Kritik der Wachstumsgesinnung, die neuerdings immer stärker vom Vollbeschäftigungspostulat her begründet wird, strebt ein Umdenken an. „Homo oeconomicus erdrosselt homo ludens“ sagt Adler-Karlsson und denkt in Richtung auf eine „lebenswerte“ menschliche Ökonomie weiter, die es politisch zu gestalten gilt und die der einstellungsmäßigen und praktischen Umkehr im Leben der einzelnen bedarf. So bezweckt er einen Denkanstoß zur ökologisch orientierten Diskussion um eine mögliche Zukunft, die es heute zu beginnen gilt, wenn sie überhaupt noch eine Chance haben soll. Nicht als fertiges Konzept will er seine Vorschläge verstehen, sondern als Denkanstöße zur Verbindung von individueller und gruppenmäßiger – auch alternativer – Lebenspraxis und einer staatlichen Arbeits- und Wirtschaftspolitik, die sich neue Orientierungspunkte setzt. Gegenüber dem Vorrang der Ökonomie in allen real existierenden Ordnungen will er neue Akzente setzen.

Gliederung

Vorwort

Einleitung

Zusammengefaßte Hauptthesen

I. Ist ein 80.000-Kronen-Plastikkreuzer ein natürliches materielles Bedürfnis eines Menschen?

1. Das ständige Wachstum des Bedürfnisniveaus
2. Relative Deprivation
3. Die Klettermentalität
4. Soll der Staat 80.000-Kronen-Boote subventionieren?
5. Die Schwelle des Reichtums wächst
6. Sind die Bedürfnisse manipuliert?
7. Schlußfolgerung

II. Sind acht Stunden Arbeit, fünf Tage pro Woche, 48 Wochen jährlich in 40 Jahren ein natürliches Bedürfnis?

1. Ein konventionell bestimmtes Bedürfnis
2. Der zweifelhafte Charakter der Arbeit
3. Die instrumentelle Arbeitsauffassung
4. Was bedeutet das Wort Arbeit?
5. Die differenzierte Einstellung zum sogenannten technischen Fortschritt
6. Die Elastizität des Arbeitsbedürfnisses
7. Die Politiker können und sollen die Entwicklung steuern
8. Ist auch das Arbeitsbedürfnis manipuliert?

* Gunnar Adler-Karlsson ist ein international bekannter schwedischer Wirtschaftswissenschaftler und zur Zeit Professor an der Universität Roskilde in Dänemark. Bekannt geworden ist er insbesondere durch Publikationen über Probleme der Dritten Welt; dazu erschien 1978 in deutscher Sprache im Fischer-Taschenbuch-Verlag das Buch „Der Kampf gegen die absolute Armut“. In letzter Zeit hat sich Gunnar Adler-Karlsson grundlegend, phantasievoll und praktisch-utopisch mit der Problematik der Arbeitslosigkeit und Vollbeschäftigung vor dem Hintergrund der Zukunft unserer Wirtschafts- und Arbeitsgesellschaft auseinandergesetzt. Nach den Büchern „Der Funktionsozialismus“ und „Lehrbuch für die 80er Jahre“ schrieb er 1977 die Schrift „Gedanken zur Vollbeschäftigung“, die im gleichen Jahr unter dem Titel „Nein zur Vollbeschäftigung – Ja zur materiellen Grundgeborgenheit“ ins Dänische übersetzt wurde. In Schweden und Dänemark wurde das Arbeitspapier schnell bekannt, und auch in der westdeutschen Presse fand es bereits Aufmerksamkeit. Für die auch in Deutschland immer bedeutsamer werdende Diskussion um eine stärkere ökologische Orientierung und um Praxisalternativen, an der sich Soziologen und Wirtschaftswissenschaftler bisher nur in geringem Umfang beteiligten, soll die – nicht professionell erfolgte – Übersetzung des Adler-Karlssonschen Arbeitspapiers aufschlußreich wirken. Die Übersetzung des Arbeitspapiers erwies sich als recht schwierig, da der bewußt einfach und bildhaft-einprägsam gehaltene Stil des Originals bzw. der dänischen Übersetzung gegenüber dem eher steifen deutschen Wissenschaftsjargon merkwürdig wirken mußte. Else Decke leistete die Arbeit des Übersetzens aus dem Dänischen, bei der sprachlichen Gestaltung in deutscher Sprache wirkten Alexander Kraft, Alfred Tacke, Dieter Timme, Barbara Vohderach und Gerd Vonderach korrigierend mit. Den Zugang zu dem Papier, das inhaltlich in der alleinigen Verantwortung des Autors steht, verdanken wir Herrn Prof. Gerd Vonderach (Universität Oldenburg).

III. Ist sowohl der Verbrauch als auch die Arbeit nur Mittel zum Ausfüllen der existentiellen Leere?

1. Identitätsbedürfnis
2. Der existentielle Einwand gegen die Freiheit
3. Eine elitäre und manipulative Einstellung?
4. Steuert die Manipulation heute schon?
5. Ist die Manipulation bewußt?

IV. Der Realismus in diesem existentiellen Einwand.

1. Objektiv gesehen gibt es viele Freizeitbeschäftigungen, die wenig kosten
2. Gibt es sie subjektiv gesehen?
3. Die Konzentration auf den materiellen Verbrauch und die Vollbeschäftigung hat die Diskussion um die Nutzung der Freizeit verdrängt
4. Auch die Freizeit ist kommerzialisiert worden, eine Ware geworden, genau wie der soziale Sektor
5. Sollte die Freizeit nicht der zentrale Lebensinhalt des Menschen werden?

V. Um die Vollbeschäftigung mit 8 Stunden Arbeit, fünf Tage pro Woche, 48 Wochen pro Jahr, in 40 Jahren beizubehalten, ist es notwendig, die Freizeit vollständig zu kommerzialisieren, indem man 80.000-Kronen-Plastikboote zu einem natürlichen materiellen menschlich notwendigen Bedürfnis werden läßt, dessen Erfüllung der Staat subventionieren muß.

1. Vollbeschäftigung – früher eine erfolgreiche Politik
2. Vollbeschäftigung – Ziel oder Mittel? Mittel wozu?
3. Die bisherige Kritik der Vollbeschäftigung
4. Was ist Vollbeschäftigung?
5. Technik, Arbeitszeit und Verbrauch
6. Ist die Vollbeschäftigung die beste Werbung des Kapitalismus?
7. Garantiert die Vollbeschäftigung Nerzmäntel für die Reichen?
8. Führt die Vollbeschäftigung zum osteuropäischen Staatssozialismus?
9. Zusammenfassung

VI. Eine Alternative: Der Staat garantiert die materielle Grundgeborgenheit.

1. Der philosophische Hintergrund
2. Ein alternatives Ziel

3. Die Utopie in einer Nußschale
4. Der Sozialismus und der Kapitalismus in einer höheren Einheit

VII. Die groben Konturen der Utopie.

1. Einleitung
2. Nehmen wir eine „geschlossene Wirtschaft“ an
3. Der Grundbedarfssektor
 - 3.1 Wie groß ist der Grundbedarfssektor?
 - 3.2 Die Arbeitspflicht – die haben wir schon
 - 3.3 Die Effektivität im Grundbedarfssektor
4. Der Überflußsektor
 - 4.1 Handel und Überflußaktivitäten als eine Form des Lebensinhalts
 - 4.2 Die Freiheit des Arbeiters dem Kapital gegenüber
 - 4.3 Die Ausbeutung wird abgeschafft
5. Der Freiheitssektor
 - 5.1 Reich, aber sinnlos
 - 5.2 Je mehr du hast, desto weniger bist du
 - 5.3 Das Reich der Freiheiten und der Notwendigkeiten
 - 5.4 Die Rolle der Schule
6. Der Machtsektor

„Ein Mensch benötigt mehrere Stützpunkte in seinem Leben, mehrere Plattformen zum Stehen. ‚Freund für seinen Freund muß der Mann sein‘, heißt es im Hdvamál. Was ein Individuum benötigt, sind Beziehungen zu anderen. Die größte Freude bringt ein enges Verhältnis zu einem anderen Menschen, jedoch ein zu enges Verhältnis zu einem einzelnen Menschen kann leicht isolierend wirken. Deshalb müssen wir ein enges Verhältnis zu mehreren, ja zu so vielen Menschen wie möglich aufbauen. Eine Art psychologischer Geborgenheit im Leben kann darin liegen, daß man diese Beziehungen hat. Das Leben sollte darauf hinauslaufen, daß man sich eine Lebensweise aneignet, die darin besteht, daß man das ganze Leben zum Nachdenken darüber verwendet, was das Leben eigentlich ist, wie die Menschen sich eingerichtet haben, und wie wir am besten unsere gemeinsamen Bedürfnisse erfüllen können. Das beinhaltet, daß wir zunächst herausfinden, wie wir funktionieren, d. h. uns mit dem Studium des Menschen beschäftigen, Menschenkenntnis erwerben und miteinander diskutieren.“

In die Gedanken über das Leben geht natürlich eine Auffassung von der Natur ein, die wir als Basis für unsere Existenz ansehen müssen, und die wir mit Behutsamkeit behandeln müssen. Wir müssen versuchen, nach den Gesetzen der Natur zu leben, statt Herr über sie zu sein. Es ist, als ob unsere Nabelschnur zur Mutter Erde, Mutter Natur irgendwann beim Einsetzen der Industrialisierung durchgetrennt wurde, und als ob wir jetzt herumflattern als elternlose Technokraten auf der Jagd nach einem Sinn des Lebens. Wir müssen den Kontakt zur Natur wieder herstellen, uns ein ökologisches Bewußtsein schaffen, die Ökologie auf die Tagesordnung setzen und die Zerstörung unserer gemeinsamen Umwelt als eines der größten Verbrechen betrachten.“ M.E.

¹⁾ Fremad 1976.

Vorwort

Das schwedische Sekretariat für Zukunftstudien hat eine Arbeitsgruppe ins Leben gerufen, die sich mit dem Arbeitsleben der Zukunft beschäftigt. Von dort bekam ich eine Aufforderung, mit einer Art intellektueller Betrachtung dazu beizutragen, wie eine Produktion, die sich zum Ziel gesetzt hat, die menschlichen Bedürfnisse zu befriedigen, geformt sein muß.

In meinem „Lehrbuch für die 80er Jahre“¹⁾ stellte ich unter anderem die Frage, wie es sein kann, daß die Freiheit der Schweden, auf dem Warenmarkt Waren auszusuchen, praktisch gesehen unbegrenzt ist, während die Freiheit, die Arbeitszeit auf dem Arbeitsmarkt auszusuchen, stark begrenzt ist. In demselben Buch zeigte ich auch, wie die Vollbeschäftigungspolitik, ebenso die Werbung, dazu beiträgt, unsere materiellen Bedürfnisse hochzuschrauben. In der Hoffnung, diese Thesen etwas besser ausarbeiten zu können, nahm ich die Aufforderung an.

In dieser Abhandlung habe ich versucht, meine Absicht zu verwirklichen. Dem politischen Kern der Abhandlung liegt eine Frage zugrunde, die große Bedeutung für unser zukünftiges Arbeitsleben bekommen kann.

Sie lautet: Warum ist es so selbstverständlich, daß der Staat Vollbeschäftigung garantieren muß, egal wie groß der Verbrauch sein mag? Das führt unmittelbar zu der Frage: „Was kann der Staat statt dessen tun?“ Und die Antwort, zu der ich neige, ist: Anstelle der Vollbeschäftigung sollte der Staat eine gemäßigte materielle Bedürfnisbefriedigung für alle und eine dazugehörige gerechte Verteilung einer entsprechend verringerten notwendigen Arbeit anstreben. Darüber hinaus sollten die Individuen die größtmögliche Freiheit haben, ihre Träume zu verwirklichen, was auch immer diese beinhalten mögen.

Diese Abhandlung ist ein Versuch, die groben Orientierungslinien für eine Debatte dieser Probleme aufzuzeigen. Es handelt sich keineswegs um eine abgeschlossene Arbeit. Ausgegangen von dem Honorar für den Verfasser könnte man glauben, daß die Abhandlung knapp einen normalen Arbeitsmonat repräsentierte, aber es liegt doch mehr Arbeit darin. Ich will jedoch den Charakter als Arbeitspapier unterstreichen. Denn um ein solches handelt es sich und nicht um vollentwickelte Ideen.

(Gunnar Adler-Karlsson, Roskilde im Mai 1977)

Einleitung: Leben und Arbeit

Es ist das Leben, das wichtig ist, nicht die Arbeit. Die Arbeit kann knapp sein, aber das Leben ist noch knapper. Es ist jeder Tag, jede Stunde, jede Minute des knappen Lebens, welche wir mit einem guten Inhalt füllen müssen, unabhängig davon, ob das Arbeit genannt wird oder nicht.

Und dennoch hat unsere Kultur auf die alte klassische Schuljungenfrage falsch geantwortet: Leben wir, um zu arbeiten, oder arbeiten wir, um zu leben?

Ausgehend von dieser Frage können wir unsere Geschichte in drei Perioden aufteilen.

Durch den größten Teil der Geschichte der Menschheit ist Leben und Arbeit eins gewesen. Ohne hartes Arbeiten in den wachen Stunden wäre das Leben nicht möglich gewesen. Es gab keine Zeit für Grübeleien. Das Bewußtsein war gering

entwickelt. Die Frage nach dem Sinn gab es nicht. In den letzten Jahrhunderten nach der Renaissance oder der Reformation haben immer größere Gruppen in immer längeren Lebensabschnitten die Möglichkeit bekommen, zu leben, ohne zu arbeiten. Die Voraussetzung war jedoch, daß die große Masse des Volkes noch härter arbeitete. Die puritanische Ideologie adelte die Arbeit und machte sie zum zentralen Lebensinhalt der Massen. So ist es bis zur heutigen Zeit geblieben. Der Wert der Arbeit ist hochgeschraubt worden, so daß alle anderen Lebenswerte an Bedeutung verloren haben. Eine nichtberufstätige Hausfrau, die „nur“ ihre Kinder erzieht oder auf ihre Eltern aufpaßt, bekommt Neurosen, weil sie angeblich nicht arbeitet. Das Leben des Arbeiters ist vorbei, wenn er Rentner oder – noch schlimmer – Frührentner wird. Der junge Mensch, der nicht gleich nach der Schulentlassung Arbeit findet, findet auch keinen Sinn im Leben oder in der Gesellschaft, die ihn sinnlos werden läßt. Nur die Arbeit hat Wert. Die tausend und abertausend anderen Möglichkeiten, die dem Leben Inhalt geben können, sind wertlos. Die Frage gibt es. Die Antwort heißt: Wir leben, um zu arbeiten.

Aber eine neue Periode in unserer Geschichte ist dabei hervorzuberechnen. Nach normalen dialektischen Gesetzen untergräbt die Stärke der Arbeitsmoral die Grundlage für ihre eigene Existenz. Die Form, wie wir unseren modernen Arbeitsmarkt organisiert haben, trägt dazu bei, daß der Wunsch, eine Arbeit zu bekommen, die Möglichkeiten dazu übersteigt. Die wirksamsten Werkzeuge in Form einer hochmodernen Technik und ein riesiger Kapitaleinsatz sind so effektiv, daß hunderte Millionen Menschen auf der ganzen Welt mehr oder weniger ohne Arbeit sind. Sie sind so effektiv, daß die totale Arbeitsmenge der reichen Länder unerbittlich verkleinert wird, es sei denn, den Werbemachern gelingt es, aus uns noch größere Konsumenten zu machen, in einem Meer von Armut.

Alle Menschen können nicht mehr eine sinnvolle Arbeit bekommen. Die Arbeitszeit wird tendenziell verkürzt werden, so daß die Arbeit einen immer geringer werdenden Teil unseres gesamten Lebens ausmacht. Ein Theoretiker des Industrieverbandes Schwedens, Sverker Jonsson, sagt in dieser Frage z. B. voraus, daß der Durchschnittsschwede im Jahre 2000 „30 Stunden pro Woche arbeiten wird, 3 Monate bezahlten Urlaub und für die Hälfte der Arbeitszeit im Verhältnis zu heute einen viermal so hohen Lohn bekommen wird.“²⁾

Heute kann man grob genommen damit rechnen, daß unser Leben aus 5 Jahren Kindheit, 20 Jahren Ausbildung, 40 Jahren Arbeit und 10 Jahren Rentnerdasein besteht. Man sagt, die Arbeit besteht aus 40 von insgesamt 75 Jahren oder aus mehr als der Hälfte. Deshalb wird die Arbeitsmoral für gerechtfertigt angesehen. Die Arbeit ist das Wichtigste im Leben.

Nehmen wir aber an, daß Sverker Jonssons Vorhersage in Erfüllung geht; und sei es auch, daß es nicht genau im Jahre 2000 geschieht, so gehen die Tendenzen doch in die von ihm angegebene Richtung. Wie wichtig wird die Arbeit in der Gesellschaft sein, in der seine Vision Wirklichkeit geworden ist? Falls wir annehmen, daß die Kindheit, die Ausbildung und das Rentnerdasein einen ebenso großen Teil eines ebenso langen Lebens darstellen, können wir uns damit begnügen, die 40 Arbeitsjahre zu untersuchen. Drei Monate Urlaub tragen dazu bei, daß 10 Jahre Freizeit werden. Übrig bleiben 30 Jahre für die Arbeit. Hier beträgt die Arbeitszeit 30 Stunden

pro Woche. Falls man dazurechnet, daß der Weg zur Arbeit hin und zurück zusätzlich 7 Stunden dauert, wird etwa ein Drittel der wachen Zeit des Individuums von der Arbeit in Anspruch genommen. Zwei Drittel bleiben als Freizeit übrig. Von den 30 Jahren, die nach dem Urlaub übrig bleiben und Arbeitsjahre genannt werden, sind also in Wirklichkeit zwei Drittel, oder 20 Jahre, reine Freizeit. Von den gesamten 75 Lebensjahren des Individuums sollten also nur 10 Jahre für tatsächliches Arbeiten zur Verfügung stehen. 65 Jahre sollten für die anderen Zeitabschnitte oder für die Freizeit verwendet werden.

Wenn die Arbeit sich so darstellt, daß sie weniger als ein Siebtel des menschlichen Lebens in Anspruch nimmt, werden wir in vielen Punkten umdenken müssen. Wir können nicht länger leben, um zu arbeiten. Wir müssen die Worte umkehren und uns lehren, in einer kurzen Zeit zu arbeiten, um wirklich zu leben. Wir müssen die Gesellschaftsmoral aufgeben, die den Wert aller Lebensqualitäten verringert hat, abgesehen von der formellen Arbeit im engeren Sinne. Wir müssen die Kunst, die Kultur, die Literatur, das Spiel, die Liebe und alles andere, das uns einen unerschöpflichen Lebensinhalt bieten kann, aufwerten. Das Ausbildungssystem, das heute noch die Funktion hat, Menschen als Zubehör für die Maschinen im Produktionsprozeß auszubilden, sollte der Jugend eine breitere Orientierung geben, die Kunst, das Leben zu genießen, auch außerhalb der relativ kurzen Arbeit. Die Vollbeschäftigungspolitik, wie sie heute praktiziert wird, wird eine Zumutung werden, der wir entrinnen müssen. Neue Verbindungen von Kapitalismus und Sozialismus müssen ausprobiert werden. Der Dogmatismus und Fanatismus muß weichen, die Sinne müssen geöffnet werden für alle neuen Möglichkeiten.

In dieser kleinen Schrift will ich einen solchen möglichen Weg nach vorwärts andeuten. Er geht von einer Kritik der Vollbeschäftigungspolitik aus und baut auf die Überzeugung, daß das Wichtigste zunächst das Leben ist, nicht die Arbeit. Oder, wie John Ruskin es ausdrückt: „There is no wealth but life“ – Es gibt keinen anderen Reichtum als das Leben.

Zusammengefaßte Hauptthesen

1. Der Verbrauch ist ein natürliches Bedürfnis. Übermäßiger Verbrauch ist kein natürliches Bedürfnis. Die Grenze zwischen Verbrauchen und übermäßigem Verbrauchen ist uns nicht bekannt.
2. Arbeiten ist ein natürliches Bedürfnis. Übermäßiges Arbeiten ist kein natürliches Bedürfnis. Die Grenze zwischen Arbeiten und übermäßigem Arbeiten ist uns nicht bekannt.
3. Frei sein zum Spielen und Lieben ohne Gedanken an das Materielle ist auch ein natürliches Bedürfnis für homo ludens, den spielenden Menschen.
4. Unser jetziges wirtschaftliches System verschiebt seine Grenzen, sowohl die zwischen natürlichem und unnatürlichem Verbrauch wie auch die zwischen natürlicher und unnatürlicher Arbeit, immer mehr zugunsten des Unnatürlichen. Homo oeconomicus erdrosselt homo ludens.
5. Eine der Hauptursachen dieser Entwicklung ist die Forderung, daß der Staat Vollbeschäftigung garantieren muß, egal wie hoch der Verbrauch wird.
6. Diese unglücklichen Tendenzen könnte man dadurch aufheben, daß der Staat an Stelle der Vollbeschäftigung allen einen eingeschränkten Grundbedarf und ein dementsprechend reduziertes Quantum an Arbeit garantiert.

²⁾ SACO-Tidningen 1972, Nr. 11, S. 27, SACO ist die „Schwedische Akademiker Zentralorganisation“.

7. Eine solche neue Zielsetzung könnte durch eine bewußte Aufteilung der Gesellschaft in drei Sektoren verwirklicht werden. Der eine Sektor sollte die natürlichen Verbrauchs- und Arbeitsbedürfnisse decken. Der andere sollte allen, die es wünschen, die Möglichkeit zum Verbrauchen und Arbeiten über das Nötige hinaus geben. Im dritten Sektor sollte der Mensch frei von materiellem Kummer seine Träume verwirklichen können, in welche Richtung sie auch gehen mögen, wenn er dabei seinen Mitmenschen keinen Schaden zufügt.

L Ist ein 80 000-Kronen-Plastik-Kreuzer ein natürliches materielles Bedürfnis eines Menschen?

1. Das ständige Wachstum des Bedarfsniveaus

Das Verbrauchen einer gewissen Menge Waren und Dienstleistungen ist ein notwendiges biologisches Bedürfnis für die Menschen. Das ergibt sich von selbst. Ebenso selbstverständlich ist, daß es irgendwo ein so hohes Bedarfsniveau gibt, daß so gut wie jeder sich darüber klar ist, daß dieses Niveau, von einem natürlichen biologischen Gesichtspunkt aus gesehen, zu hoch liegt. Irgendwo zwischen diesen beiden Niveaus liegt eine Grenze, die das natürliche Verbrauchsniveau von dem unnatürlichen trennt. Wo diese Grenze liegt, wissen wir nicht. Darüber können die Menschen unendlich lange streiten. Wo die Grenze zwischen zwei Selbstverständlichkeiten liegt, ist keineswegs selbstverständlich.

„Ich weiß nicht, warum man dazu gratulieren sollte, daß es Personen gibt, die jetzt schon reicher sind, als jemand sein muß, die ihre Möglichkeiten, Dinge zu verbrauchen, schon verdoppelt haben, Dinge, die wenig oder gar kein Vergnügen bringen, es sei denn als Beweis des Wohlstands. In den unterentwickelten Ländern gilt, daß eine Ausweitung der Produktion immer noch ein wichtiges Ziel ist; was man dagegen in den am meisten entwickelten Ländern braucht, ist eine bessere wirtschaftliche Verteilung . . .“.

Das Zitat hätte man der Debatte um eine neue internationale Weltordnung entnehmen können. In Wirklichkeit kommt es von John Stuart Mill und ist ca. 120 Jahre alt. Mills Worten zum Trotz, wonach wir schon 1860 in den entwickelten Ländern „reicher als jemand sein muß“ waren, haben wir nicht aufgehört, unseren Reichtum und unseren Verbrauch in den vergangenen 120 Jahren ständig zu vergrößern. Heute treten wir weiter in die gleichen Fußstapfen im gleichen Maße wie zu Mills Zeit, und es sieht so aus, als würde diese Entwicklung fortgesetzt, da die Diskussion um den Nullzuwachs, die es in einigen intellektuellen Kreisen gibt, nicht sehr viel Gewicht hat im Verhältnis zu der Langzeitplanung eines fortgesetzten Wachstums, das in den führenden Ländern der Welt, im Osten wie im Westen, propagiert wird.

2. Relative Deprivation

In den letzten Jahren ist unendlich viel über den Begriff „Bedürfnis“ geschrieben worden, nicht zuletzt über Maslows Bedürfnishierarchien. Dies ist nicht der richtige Ort, die vielen spannenden theoretischen Abhandlungen der Debatte und die empirischen Analysen aufzugreifen. Wir werden uns damit begnügen, von den Grundannahmen der Theorien auszugehen, die unter der Bezeichnung „Relative Deprivation“ laufen, daß nämlich der Grad subjektiver materieller Bedürfnisbefriedigung nicht primär zu einem objektiv meßbaren absoluten Einkommensniveau in Beziehung steht, sondern zu

einem relativen gesellschaftlich anerkannten Niveau, in dem sich das Individuum selbst sieht.

Die Vergleichsgrundlage kann man variieren, aber es ist einleuchtend, daß frühere persönliche Erfahrungen, das allgemeine wirtschaftliche Niveau in der Gesellschaft, in der das Individuum lebt, besonders aber das Niveau der dem Individuum am nächsten stehenden Bezugsgruppe, von großer Bedeutung für das subjektive Gefühl der Bedürfnisbefriedigung sind. Ferner ist es klar, daß das subjektive Gefühl durch Information, Auskunft und Indoktrinierung beeinflusst werden kann.

3. „Die Klettermentalität“

In meinem „Lehrbuch für die 80er Jahre“ habe ich diese verschiedenen Faktoren zu einem Phänomen zusammengefaßt, das ich mit dem Ausdruck „the psychological propensity to catch up“ charakterisiere oder einfach „die Klettermentalität“. Denn falls die individuelle subjektive Bedürfnisbefriedigung – in materieller Hinsicht nicht das Wichtigste im Leben – bestimmt wird von dem relativen Niveau in einer Einkommens-, Vermögens- oder Verbrauchshierarchie, so kann das absolute materielle Niveau jede erdenkliche Höhe erreichen, ohne daß die subjektive Befriedigung aus diesem Grunde größer wird. Relativ betrachtet können die Individuen ja sehr auf der Stelle treten. Dies unterstützt die Annahme, daß das subjektive Bedürfnisniveau ständig steigt. Bankdirektor Jan Wallander behauptet z. B. in seinem Buch „Im Kopf eines Kapitalisten“³⁾ daß es heute gute Gründe gibt, Sozialhilfe zum Kauf von Fernsehern zu beziehen. „Plastikboote in der Klasse von 80 000 Kronen“, fügt er hinzu, „sind dabei, vom Luxusboot zum gewöhnlichen Familienboot zu werden. Der Luxus und Überfluß von heute wird zum allgemeinen Verbrauchsartikel von morgen.“

4. Sollte der Staat 80 000-Kronen-Boote subventionieren?

In der Analyse ist es zweifelsohne korrekt, wenn wir mit den gegenwärtigen Entwicklungstendenzen leicht dahin kommen, daß 80 000-Kronen-Plastikboote subjektiv als allgemeine Verbrauchsartikel angesehen werden. Die Frage ist, ob dies eine gute Entwicklung ist, ob wir wirklich Grund dazu haben, eine Gesellschaft anzustreben, wo der Staat den Kauf solcher Boote in gleicher Weise subventioniert, wie er heute den Fernsehkauf subventioniert. Noch dazu in einer Welt, wo vielleicht die elementarsten biologischen Bedürfnisse von 750 Millionen Menschen nicht erfüllt werden, und wo der Zugang zu den Ressourcen für unsere Kinder und Enkelkinder von vielen als höchst unsicher angesehen wird.

5. Die Schwelle des Reichtums wächst

Man sollte auch bedenken, daß sich der materielle Aufstieg für gewöhnlich in relativ gleichartigen Gruppen abspielt, in denen alle die gleiche prozentuale Einkommenssteigerung bekommen. Aber bei den interpersonellen Vergleichen wird auch auf die absoluten Einkommensunterschiede geschaut. Deshalb wird diese Mentalität noch mehr ausgeprägt, je höher die Einkommen sind. Denn bei einem höheren Betrag ergibt dieselbe prozentuale Steigerung einen höheren absoluten Einkommenszuwachs. Viele schwedische Arbeiter bekamen 1975 eine durchschnittliche Lohnerhöhung von ca. 20 Prozent, von angenommen 50 000 auf 60 000 schwedische Kronen. Gleichzeitig bekam auch der Chef des schwedischen Arbeitgeberverbandes, Curt Nicolin, eine Gehaltserhöhung von 20 Prozent. Laut „Veckans Affärer“ vom 14. April 1977 stieg sein Jahreseinkommen von 1 113 000 auf 1 327 000 oder um 204 000 Schweden-Kronen mehr als das des Arbeiters. Trotz

³⁾ „I huvudet på en Kapitalist“. Falköping 1975, S. 55.

Inflation und Steuern ist dieser Unterschied groß genug, um ein weitverbreitetes Gefühl starker Ungerechtigkeit hervorzurufen. So bedeutet eine normale jährliche dreiprozentige Steigerung des schwedischen Bruttonationalprodukts von ca. 40 000 Schweden-Kronen pro Einwohner eine Steigerung pro Person um 1200 Schweden-Kronen, während dieselbe prozentuale Steigerung in Indien, wo das Einkommen hoch gerechnet bei 2000 Schweden-Kronen pro Kopf liegt, nur eine Steigerung von 60 Schweden-Kronen bzw. 1140 weniger ausmacht. Aus der Sicht Indiens muß das schwedische Durchschnittsniveau ebenso widersinnig hoch erscheinen, wie Curt Nicolin sich für den schwedischen Arbeiter darstellt.

Deshalb ist die Frage gerechtfertigt, ob die Politik des schwedischen Staates 80.000-Kronen-Plastikboote als allgemeinen Grundbedarf betrachten und subventionieren sollte. Es gibt eher Grund zu der Annahme, daß die Entwicklung in eine andere Richtung als die des gesteigerten materiellen Verbrauchs gelenkt wird. Dieses ist jedoch sehr schwer. Einerseits machen die modernen Kommunikationsmöglichkeiten und der Marxismus bekannt mit der Kluft zwischen Armen und Reichen, so daß die Klettermentalität der Ärmsten sich noch verstärkt. Andererseits sind diejenigen, die am reichsten sind, von ihrem ersten bewußten Tag an einer intensiven Werbung und Verkaufsförderung ausgesetzt, die ganz auf ihre eigenen Probleme als reiche Spitzengruppe eingestellt ist. Selbst innerhalb der Spitzengruppe setzt sich der Aufstieg fort.

6. Sind die Bedürfnisse manipuliert?

Die materiellen Bedürfnisse kommen uns unendlich vor, wenn wir uns vergegenwärtigen, wie unsere nationale und globale Gesellschaft heute funktioniert. Eine wichtige Frage ist, ob diese unendlichen materiellen Bedürfnisse als spontan betrachtet werden können, oder ob sie manipuliert sind, geschaffen von Verkäufern und Werbefachleuten. 9 von 10 amerikanischen Firmenchefs sind laut einer in Harvard Business Review publizierten empirischen Untersuchung der Meinung, daß „es heute fast unmöglich wäre, eine neue Ware ohne Werbung zu produzieren“. 85% sind der Meinung, daß die Werbung „oft“ den Menschen überredet, Waren zu kaufen, die er nicht gebrauchen kann, und 51 % der Firmenchefs aus den USA sind der Meinung, daß die Werbung oft sogar die Menschen überredet, Waren zu kaufen, die sie eigentlich gar nicht haben wollten. Nach diesen professionellen Kennern der Probleme der Marktführung sind die Bedürfnisse also nicht spontan, sondern durch die Werbung manipuliert.

Dies ist eine ehrliche Erklärung von denen, die eigentlich ein Interesse daran haben müßten, das Gegenteil zu behaupten. Auch wenn wir berücksichtigen, daß wir für die Werbung 2 % unseres Bruttonationalprodukts aufwenden, d. h. daß jeder von uns jährlich eine ganze Woche arbeitet, um sich und anderen Bedürfnisse aufschwätzen zu lassen, hat ihre Beurteilung aller Wahrscheinlichkeit nach etwas für sich. Trotzdem ist es eine Frage, ob sie korrekt ist.

Es gibt mindestens zwei Argumente, die die These stützen, daß die materiellen Bedürfnisse als spontan betrachtet werden können oder daß materielle Güter lediglich Mittel zur Befriedigung spontaner Bedürfnisse darstellen.

Das erste Argument beinhaltet, daß es ein spontanes Bedürfnis ist, von seiner Umwelt geschätzt zu werden. Wenn wir eine Gesellschaft, in der die Menschen in großem Ausmaß nach ihrem Besitz materieller Dinge beurteilt werden, nicht ausgenommen die wichtige Jugendzeit, dann fallen die materiellen Bedürfnisse mit einem spontanen psychischen

Bedürfnis zusammen. Eine Methode, die materiellen Bedürfnisse als Statussymbole abzubauen, liegt nicht darin, den Verbrauch zu reduzieren, sondern darin, andere Wege zu finden, seine Mitmenschen zu beurteilen. Die andere Überlegung besagt, daß wir alle eine Existenzleere besitzen, die auf irgendeine Art und Weise gefüllt werden muß, z. B. durch den Kauf von Waren. Eine Darstellung dieser Anschauung in einer Gesellschaft, in der die Werbung viel weniger Einfluß hat als im Westen, bringt Vaclav Havels „Offener Brief an Gustav Husak“ im Encounter vom September 1975. In ihm behauptet er, daß die Kontrolle der Rede- und Pressefreiheit sowie der individuellen Handlungsmöglichkeiten in der tschechischen Gesellschaft eine existentielle Leere geschaffen hat, die nur durch den Konsum materieller Güter ausgefüllt werden kann. Der Konsumerismus bildet sich heraus als Antwort auf ein spontanes Bedürfnis, etwas zu tun, um die Leere des Daseins auszufüllen. Will man diesem Problem beikommen, so sollte man den Menschen eine interessante Aufgabe geben, um ihr Dasein auszufüllen.

7. Die Schlußfolgerung

Die Diskussion über die Natur der materiellen Bedürfnisse geht zurück bis zu der Unterscheidung von Aristoteles zwischen Gebrauchs- und Tauschwert. Es wäre von mir eine Überheblichkeit, eine Aussage darüber zu machen, was wahr oder unwahr an der sehr intensiven und noch heute ebenso ungeklärten Debatte ist. Was ich aussagen möchte, ist nur, daß die materiellen Bedürfnisse aus mehreren Gründen höchst dehnbar sind, wenigstens auf dem Wege nach oben. Wie dehnbar sie sind, dafür gibt es wenige Merkmale. Diese Feststellung hat große Bedeutung für die Vollbeschäftigungspolitik. Bevor wir die Diskussion darüber beginnen, werden wir aber eine andere Frage stellen, die genau so schwer zu beantworten ist: Ist die Arbeit ein Bedürfnis an sich?

II. Sind acht Stunden Arbeit, fünf Tage pro Woche, 48 Wochen jährlich, 40 Jahre lang, ein natürliches Bedürfnis?

1. Ein konventionell bestimmtes Bedürfnis

Um die Überschrift dieses Abschnittes zu formulieren, wie ich es oben getan habe, muß ich hervorheben, daß das, was heute als ein natürliches Arbeitsvolumen gilt, in Wirklichkeit ein höchst variables ist und, ebenso wie das materielle Bedarfsniveau, sehr von mehr oder weniger unbewußten Konventionen in jeder gegebenen Gesellschaft abhängig ist. Für den größten Teil der Menschheit waren zehn bis zwölf Stunden Arbeit, sechs bis sieben Tage pro Woche, jede Woche jahraus jahrein, so lange man lebte, ebenso natürlich wie heute die Arbeitszeit, die in Schweden normal ist. Ebenso könnte man fragen, ob nicht die Hälfte der jetzigen Arbeitszeit, als 4 Stunden Arbeit pro Tag definiert, oder zweieinhalb Tage Arbeit pro Woche, oder 24 Wochen Arbeit pro Jahr, oder 20 Jahre Arbeit im Leben, als ebenso natürlich wie die jetzige Arbeitszeit angesehen werden könnte, wenn die Gesellschaft den Mut hätte und die Politiker den Willen, in diese Richtung zu gehen. Auf dem Warenmarkt hat das Individuum eine unheimlich große Auswahl. Auf dem Arbeitsmarkt hat das Individuum eine äußerst begrenzte Auswahl im Hinblick auf die Arbeitszeit. Deshalb werden die meisten Schweden heute gezwungen, entweder die in der Überschrift genannte Arbeitszeit einzuhalten oder sich vom Arbeitsmarkt fernzuhalten.

Muß das so sein? Ist es gut, daß es so ist? Gibt es einen Grund, diese Situation zu ändern? Falls ja, wie?

Das sind einige Kernfragen dieser Abhandlung. Bevor wir uns damit befassen, wollen wir uns kurz damit beschäftigen, wie unsere Arbeitsmoral entstanden ist und wie sehr sie in unseren Traditionen verwurzelt ist.

2. Der zweifelhafte Charakter der Arbeit

Seit der Schöpfung ist man geteilter Meinung über die Natur der Arbeit. Im Paradiesgarten Eden wanderten Adam und Eva umher, ernährten sich aus Früchten der Bäume und verrichteten keine anderen Arbeiten, als die Pflanzen zu begießen. Dies ist wohl der Traum vieler Menschen, nicht zuletzt der Aktienspekulanten und Loskäufer, vom mehr oder weniger arbeitsfreien Paradies. Schon im dritten Kapitel im ersten Buch Moses wird das Paar jedoch aus dem Paradies vertrieben und dazu verbannt: „Im Schweiß deines Angesichts sollst du dein Brot verdienen.“ Dieses könnte der erste Versuch sein, das Bedürfnis nach Arbeit auf eine Art zu rationalisieren, die den tatsächlichen Zwang zur Arbeit als einen Teil der menschlichen Lebensbedingungen etwas annehmbarer gemacht hat. Einer göttlichen Verdammung gegenüber kann man ja nur resignieren.

Gemäß Max Webers wohlbekannter, aber höchst fraglicher These wurde diese Gottesverbanung später von gewissen protestantischen Gruppen ideologisiert. Die puritanische Arbeitsmoral verwandelte die Arbeit von einer Verbannung zur Tugend. Hierdurch wurde nach Webers Auffassung die Basis für den Kapitalismus geschaffen, für die industrielle Revolution und für unseren jetzigen hohen Lebensstandard. Laut dieser Denkart, die immer noch unsere unbewußte Auffassung der Arbeit sehr stark beeinflusst, ist die Arbeit an sich etwas Gutes, nicht um einige materielle Bedürfnisse zu erfüllen, sondern nach den Erwartungen und Ansprüchen der Religion zur Erfüllung eines guten Lebens.

Karl Marx' Auffassung der Arbeit ist noch mehr gespalten. Einerseits enthält seine Lehre eine starke Verdammung der Mischung aus fremdbestimmter Arbeit und kapitalistischer Ausbeutung, die nach seiner Meinung das herrschende System herbeiführte. In seinem zukünftigen Paradies, wo alle materiellen Bedürfnisse wie im Garten Eden befriedigt werden, bekommt die Arbeit jedoch ihren hohen Wert wieder. Die Arbeit wird das vornehmste Ziel menschlichen Strebens werden. Wie Marx an einer Stelle in den Grundrissen hervorhebt, wird von einer zukünftigen Faulenzerei nicht die Rede sein, sondern z. B. davon, unter harten und konzentrierten Anstrengungen Musik zu schaffen. Die schwere, physisch belastende, monotone Schufterei sollte jedoch aufgehört haben. Die Maschinen würden sie übernehmen.

Von dieser ambivalenten Einstellung zur Arbeit ist auch die Beschäftigungsdebatte in Schweden zur Zeit geprägt. Bei etlichen Gelegenheiten habe ich die Reaktionen auf die Hauptidee dieser Abhandlung getestet, nämlich die Möglichkeit, die Arbeitszeit zu verkürzen, sie viel freier zu gestalten, als es heute der Fall ist. Es gibt hauptsächlich zwei Ansichten dazu. Entweder: „Wie schön wäre es doch, wenn man die jetzige Schufterei beschränken könnte“, oder: „Du greifst den Wert der Arbeit an sich an.“ Das Interessante an diesen Reaktionen ist, daß die erste meist von den gewöhnlichen Arbeitern kommt, die ich in Vereinen getroffen habe, die sich am Interessenverband der Arbeiter und ähnlichen Institutionen orien-

tieren, also von Leuten, die am meisten mit dem zu tun haben, was unter „Schufterei“ oder „notwendiger Arbeit“ verstanden wird. Die andere Reaktion kommt meist von Politikern, Intellektuellen und Gewerkschaftsvorsitzenden, das heißt von Leuten, die sich am meisten mit den interessanteren „Aktivitäten“ beschäftigen. Dieses sind jedoch meine höchst subjektiven Eindrücke aus einer relativ kleinen Anzahl von Diskussionen.

3. Die instrumentelle Arbeitsauffassung

Bedeutend ernster müssen wir doch das Ergebnis mehrerer systematischer Studien zur Einstellung des arbeitenden Individuums zu seiner Arbeit nehmen. Das Buch „Arbeitsinhalt und Lebensqualität“⁴⁾ von Bertil Gardell enthält eine Zusammenstellung einer Reihe solcher Studien. Hieran anknüpfend diskutiert er das, was er eine instrumentelle Arbeitsauffassung nennt. Das soll heißen, daß der Arbeiter seine Arbeit allein als ein Instrument zum Geldverdienen sieht, womit er die Waren kaufen oder sich die Erlebnisse beschaffen kann, die seiner Meinung nach seinem Leben einen Inhalt geben. Für denjenigen, der diese instrumentelle Einstellung zu seiner täglichen Tätigkeit hat, hat die Arbeit an sich wieder einen tiefen Wert. Eine Beurteilung darüber, wie groß der Anteil der schwedischen Arbeitnehmer mit dieser Einstellung ist, wagt Gardell nicht. Bei Spezialstudien in der Tabaksiedlung in Arvika aber zeigte es sich, daß diese Einstellung von drei Viertel der Arbeitenden geteilt wurde, bevor ein betriebliches Experiment durchgeführt wurde, und die Hälfte teilte diese Einstellung auch noch danach.

Ähnliche Ergebnisse werden z. B. von Tage Johansson vom TCO in dem Buch „Sinn der Arbeit?“⁵⁾ vorgestellt. Dort findet man etliche Beispiele dafür, daß viele Leute ihre Arbeit als ein notwendiges Übel ansehen, notwendig, um Geld zu verdienen, das sie aus verschiedenen Gründen brauchen. Wahrscheinlich hat diese Einstellung zur Arbeit keine geringe Verbindung mit dem Faktum, daß Schweden heute ca. 300 000 Frührentner hat, wovon ein großer Teil aus psychischen Gründen zum Frührentner wurde, möglicherweise deshalb, weil sie schlecht und recht das notwendige Übel, das ihre Einkommensquelle darstellte, nicht mehr ertragen konnten.

Angesichts solcher Tatsachen ist die Behauptung, daß die Arbeit an sich einen Wert für alle Menschen beinhaltet, nicht aufrechtzuhalten.

4. Was bedeutet das Wort Arbeit?

Möglicherweise beruht diese Widersinnigkeit darauf, daß unser Sprachgebrauch viel zu grob ist. Wissen wir eigentlich, was gemeint ist, wenn wir die Worte Arbeit und Beschäftigung aussprechen? Und meinen die Politiker, die Gewerkschaftsfunktionäre und die Professoren auch dasselbe wie der größte Teil der Lohnempfänger? Kann diese Grobheit der Sprache eine Reihe von Problemen vertuschen, die eigentlich die wesentlichsten sind? Hannah Arendts bekanntes Buch „Vita activa“ hat als Basis die Unterscheidung zwischen „labour“, „work“ und „action“⁶⁾. „Labour“, sagt sie, ist die Arbeit, die dem biologischen Lebensbedürfnis entspricht. „Work“ entspricht der unnatürlichen Existenz des Menschen, und „Action“ meint die Aktivitäten zwischen den Menschen als Gesellschaftswesen.

Vielleicht haben wir in Dänemark das Bedürfnis, den Begriff Arbeit oder Vollbeschäftigung auf eine ähnliche, aber nicht identische Art zu differenzieren. In der täglichen Debatte verwenden wir fast ausschließlich das Wort Arbeit. Vielleicht sollten wir es aufteilen in z. B. Schufterei, notwendige Arbeit und Aktivität.

⁴⁾ „Arbetsinnehåll och livskvalitet“. Prisma – LO 1976. LO („Landesorganisator“ ist der schwedische Gewerkschaftsverband der Arbeiter).

⁵⁾ „Arbetets mening?“. Askild & Kåmekuli 1975. TCO ist der schwedische Angestelltenverband.

⁶⁾ Vita activa oder vom täglichen Leben, Suttgart 1960.

Schufferei ist eine unangenehme Arbeitsart, darüber sind sich fast alle einig, und fast alle versuchen, ihr aus dem Weg zu gehen. Notwendige Arbeit ist das, was wir darüber hinaus akzeptieren und vollbringen ohne großen Widerwillen, aber auch nicht mit besonderer Freude. Aktivität sollte dann endlich die Art Beschäftigung sein, die den Menschen für sie einnimmt und es ihm schwermacht, sich ihr zu entziehen, die die Menschen mit Interesse und Vergnügen ausüben, so daß sie in Wirklichkeit Schwierigkeiten haben, zu unterscheiden, was Arbeit und was Vergnügen ist. Das Wort Arbeit oder Beschäftigung sollte dann eine gemeinsame Bezeichnung für alle drei Arten sein.

Selbstverständlich sind diese Unterscheidungen nicht völlig eindeutig. Die Grenzen zwischen ihnen können oft Zweifel hervorrufen. Außerdem würden diese Unterscheidungen auch von der subjektiven Einstellung abhängen, die man von Individuum zu Individuum stark variieren kann. Nichtsdestoweniger als ein grober Ausdruck für die Unterschiede z. B. zwischen den Männern der Müllabfuhr und den Lehrern, den Industriearbeitern und Angestellten, die ihre Arbeit gutheißen, um gar nicht von den Tänzerinnen oder Schriftstellern zu sprechen, die ihre Aktivitäten lieben, dürfte dieser Versuch der Unterscheidung zwischen verschiedenen Formen der Beschäftigung auf etwas Wesentliches in der jetzigen Gesellschaft hinweisen, etwas, worauf die Debatte größere Rücksicht nehmen sollte.

Der Anspruch auf Vollbeschäftigung ist eine Art Anspruch auf Gerechtigkeit. Er ist ein Anspruch, wonach jeder eine Chance haben muß, bei ehrlicher Arbeit sein tägliches Brot und eventuell seinen Volvo und seinen Farbfernseher zu verdienen. Unsere Wirtschaft ist doch immer noch dadurch gekennzeichnet, daß das Leben einiger Leute fast ausschließlich aus Schufferei besteht, und es anderen ermöglicht wird, sich ausschließlich Aktivitäten hinzugeben, während die große Masse wahrscheinlich auf der Grenze zwischen Schufferei und notwendiger Arbeit sich bewegt, wenn sie es selber definieren sollte.

Eine gerechte Beschäftigungspolitik sollte nicht nur dafür sorgen, daß es für alle Arbeit gibt, sondern auch, daß diese drei Arten Beschäftigung, sowohl die Schufferei, die notwendige Arbeit als auch die Aktivitäten, wesentlich gerechter verteilt werden, als es heute der Fall ist. Von einem praktischen politischen Gesichtspunkt aus gesehen, könnte man z. B. fordern, daß einerseits die härteste, schmutzigste und lärmendste Industrieschufferei – das was die Schweden zu vermeiden suchen und auf die Gastarbeiter abschieben – auf die gesamte arbeitende Bevölkerung gerecht verteilt werden sollte, andererseits sollte die durchschnittliche tägliche Arbeitszeit von 8 auf 6 Stunden herabgesetzt werden.

Diese Art zu argumentieren, die man kaum anzweifeln kann, bringt es mit sich, daß wir noch mehr Grund haben, die Vollbeschäftigungspolitik in Frage zu stellen, die auf der Behauptung aufbaut, daß die Arbeit an sich einen Wert darstellt. Das Ideale darf nicht mit der Wirklichkeit verwechselt werden.

5. Eine differenzierte Einstellung zum sogenannten technischen Fortschritt

Laßt uns in diesem Zusammenhang kurz konstatieren, daß eine solche Nuancierung des Begriffes Arbeit auch zu einer wesentlich differenzierteren Einstellung zur Anwendung von Maschinen in der Gesellschaft führt. Die Arbeitszeitverkürzungen, die wir durchgeführt haben, beruhten auf der Produktivitätssteigerung der menschlichen Arbeit durch die Ma-

schinen. Das erzeugte bei uns eine ziemlich unkritische Einstellung zum ständigen technologischen Entwicklungsprozeß, in dem menschliche Arbeitskraft durch Maschinen ersetzt wird. Aber die vermehrte Anwendung von Maschinen hat uns in manchen Perioden in Konflikt gebracht mit der politischen Zielsetzung der Vollbeschäftigung, ein gewisses - politisch bestimmtes – Arbeitsvolumen pro Person zu garantieren.

Falls man Schufferei definiert als die Art Arbeit, die allen widerstrebt, ist es wünschenswert, Maschinen zu entwickeln, die jegliche Schufferei ersetzen. Falls man allen Menschen eine Chance geben will, im Sinne der obengenannten Definitionen Aktivitäten zu entwickeln, ist es wohl selbstverständlich, daß man der Entwicklung der Technik gegenüber eine negative Einstellung haben sollte, weil sonst die Maschinen die Aktivitäten übernehmen würden, an denen die Bürger Freude hätten. Falls eine gewisse begrenzte Menge notwendiger Arbeit als wünschenswert angesehen wird, dürfen nur Maschinen erlaubt sein, die Arbeitskraft in dem Umfang ersetzen, in dem notwendige Arbeit durch interessante Aktivitäten außerhalb des Arbeitsmarktes ersetzt wird. Eine undifferenzierte positive Einstellung zum sogenannten technischen Fortschritt wird in keinem Fall vernünftig sein.

Man kann behaupten, daß der technische Entwicklungsprozeß gar nicht von Erwägungen solcher Art gesteuert wird, sondern höchstwahrscheinlich unter Berücksichtigung des Gewinn- und Machtstrebens, welches aus Wünschen entspringt, die zunächst bei der Gruppe von Menschen gefördert werden, die sich am häufigsten mit Aktivitäten beschäftigen. Deshalb wird es schwer sein, sowohl die Vollbeschäftigung aufrechtzuerhalten als auch eine Menge echter und möglicherweise unnötiger Schufferei abzuschaffen, die es heute noch in der Gesellschaft gibt.

Es wäre interessant, die Unterscheidung von Schufferei, notwendiger Arbeit und Aktivitäten in anderem Zusammenhang weiterzuführen. Aber an dieser Stelle werde ich mich mit der Feststellung begnügen, daß, wenn man das Aktivitätsbedürfnis als ein selbständiges Bedürfnis ansieht, es sehr zweifelhaft ist, ob es überhaupt ein Bedürfnis nach notwendiger Arbeit geschweige denn nach Schufferei gibt.

6. Die Elastizität des Arbeitsbedürfnisses

Meine Schlußfolgerung zur Arbeit als ein Bedürfnis an sich ist ebenso unklar wie hinsichtlich der Grenzen des materiellen Bedürfnisses. Wir wissen ganz einfach nicht sehr viel über diese Fragen. Wir können feststellen, daß es eine große Ambivalenz in der Diskussion um den inneren Wert der Arbeit gibt. Wir können Hypothesen aufstellen, daß die verschiedenen Auffassungen dieser abstrakten Frage sehr stark von der konkreten Arbeitssituation des Menschen beeinflußt werden. Diejenigen, die am stärksten durch Schufferei beansprucht werden, haben wahrscheinlich wenig Verständnis für den Wert der Arbeit, während diejenigen, die im Stande gewesen sind, ihr Geld mit interessanten Aktivitäten zu verdienen, sicherlich sehr viel positiver zum inneren Wert der Arbeit eingestellt sind.

Falls wir außerdem annehmen, daß solche Aktivitäten in unverhältnismäßig hohem Maße von Menschen ausgeübt werden, die leitende Stellungen in der Gesellschaft als Politiker, Akademiker, Fabrik- und Gewerkschaftsbosse, Schriftsteller, Journalisten und Intellektuelle besitzen, gibt es Grund zu der Annahme, daß der Wert der abstrakten Arbeit größeres Gewicht in der gesellschaftlichen Diskussion erlangen wird

als bei den vielen Menschen, die so gut wie die gesamte Schufterei und die notwendige Arbeit leisten, deren direkte Anteilnahme an der gesellschaftlichen Diskussion jedoch sehr begrenzt ist.

7. Die Politiker können und sollen die Entwicklung leiten

Laßt uns also feststellen, daß wir sehr wenig von der inneren Natur der Bedürfnisse wissen. Dies gilt sowohl für die Unendlichkeit und Grenzenlosigkeit der materiellen Bedürfnisse als auch für die Frage, inwiefern die Arbeit ein starkes Bedürfnis an sich ist. Hieraus können wir eine wichtige politische Schlußfolgerung ziehen. Nachdem wir uns nicht mit größerer Sicherheit über die Natur der menschlichen Bedürfnisse äußern können, da sie offensichtlich flexibel sind und da die Einstellung hierzu ambivalent ist, haben die Politiker ein mindestens genau so großes Recht wie die Werbefachleute und die Privatpersonen des Wirtschaftslebens, den Versuch zu unternehmen, die zukünftige Entwicklung der Bedürfnisse zu beeinflussen. Wir haben kein Gewissen, das uns sagt, „dies geht nicht“, das dürfen die Politiker nicht, denn das widerstrebt etablierten Gesetzen, die für die menschlichen Bedürfnisse gelten. Unser eigener Mangel an umfassendem Wissen gibt also den Politikern nicht nur das Recht, sondern, sofern die Bedürfnisentwicklung große Gefahren für die Gesellschaft in sich birgt, verpflichtet sie, sich mit den Möglichkeiten auseinanderzusetzen, um die Bedürfnisse in eine Richtung zu lenken, die einer zukünftigen gesellschaftlichen Entwicklung angemessen ist.

8. Ist auch das Arbeitsbedürfnis manipuliert?

An den Abschluß dieses Kapitels stelle ich noch einmal die gleiche Frage, wie bei den materiellen Bedürfnissen: Ist auch das Bedürfnis nach Arbeit manipuliert?

So wie unser Arbeitsmarkt jetzt organisiert ist, mag man vielleicht behaupten, daß es Leute gibt, die je nach ihren Voraussetzungen selber ihre Arbeit und die Länge der Arbeitszeit auswählen. Aber falls wir annehmen, daß der Arbeitsmarkt statt dessen so organisiert wäre, daß die Individuen die volle Freiheit oder es sehr leicht gehabt hätten, Teilzeitbeschäftigung anzunehmen, die ganz ihren speziellen Wünschen entspricht, läßt sich dann nicht mit gutem Recht vermuten, daß viele Menschen es vorgezogen hätten, einen – gesamt gesehen – kürzeren Lebenseinsatz auf dem Arbeitsmarkt zu leisten? Kann man nicht mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit behaupten, daß der jetzige Mangel an Wahlfreiheit auf dem Arbeitsmarkt kombiniert mit dem vielen Reden von Vollbeschäftigung, dahin tendiert, Nicht-Arbeit als etwas Verächtliches darzustellen und den Menschen in der Praxis durch ein größeres Arbeitsangebot auf dem Markt zu manipulieren im Vergleich zu einem etwas freieren Arbeitsmarkt mit einer weniger puritanischen Arbeitsmoral?

Selbstverständlich können solche Falls-Fragen nicht beantwortet werden. Aber sie zeigen Probleme auf, die wir bisher so gut wie ganz in der Debatte um die Vollbeschäftigung vermieden haben, obwohl es notwendig wäre, sie zu diskutieren. Wir kehren nun zu dem bereits angesprochenen Thema zurück.

⁷⁾ Jugendarbeitslosigkeit – eine Herausforderung zum Umdenken. („Ungdomsarbejds-løshed en ufordring til nytænkning“). Red. K. Helveg Petersen u. a., Gesellschaft für Gemeinschaftsdebatte, Kopenhagen 1977, S. 11.

III. Ist sowohl der Verbrauch als auch die Arbeit nur Mittel zum Ausfüllen der existentiellen Leere?

1. Identitätsbedürfnis

„Man ist nichts außer seiner Fähigkeit zu arbeiten. Das liegt in der Sprache, und will man sich selbst als einen ganzen Menschen sehen, ist es entscheidend, antworten zu können: Ich bin (Ingenieur, Spezialarbeiter, Bundeskanzler, Maurer, Lehrer, Ergotherapeut, Maschinenarbeiter) und es ist katastrophal, wenn man antworten muß: Ich bin arbeitslos.“⁷⁾

Man könnte behaupten, daß hinter dem Bedürfnis nach Arbeit und dem hohen materiellen Verbrauch ein tieferes existentielles Problem liegt, das Bedürfnis des Individuums nach Identifikation. Dieses Bedürfnis ist unbestreitbar sehr stark in der modernen Massengesellschaft. Das Identitätsbedürfnis kann, wie das oben genannte Zitat schon aussagt, die Erfüllung in einer Arbeit finden, das bedeutet, daß das Individuum etwas macht, das seine Existenz rechtfertigt. Falls der Grad dieser Anerkennung unter den Mitmenschen an deren Einkommen gemessen wird, und dieses zeigt sich deutlich an der Höhe des materiellen Verbrauches, den sich das Individuum leisten kann, kann man behaupten, daß sowohl die Arbeit als auch der Verbrauch Mittel für das Ziel sind, sich selbst zu verwirklichen, seinem eigenen kleinen Individuum eine Identität zu geben in dem Meer von Menschen einer Massengesellschaft.

In diesem Fall entstehen eine Reihe Fragen. Muß es absolut so sein? Gibt es andere Wege, auf denen die Individuen ihr Identitätsbedürfnis befriedigen können? Ist die Intensität dieses Bedürfnisses von den Strukturen und Wertungen der Gesellschaft abhängig. Was bedeutet es z. B., daß die obengenannte tief verankerte puritanische Moral, wonach „derjenige, der nicht arbeitet, auch nicht essen soll“, in der modernen osteuropäischen politischen Sprache wie folgt ausgelegt wird: „Jeder soll leisten nach seiner Fähigkeit und genießen nach geleisteter Arbeit?“ Kann man eine solche Moral in einer Gesellschaft beibehalten, wo die materiellen Bedürfnisse reduziert sind, wo die Technik einen immer größer werdenden Teil der notwendigen Arbeit erledigt, und wo die tatsächliche Nachfrage nach der Arbeitskraft der *Individuen* immer geringer wird?

Hier ist kein Platz für die Beantwortung dieser Fragen, aber man sollte sie stellen, da sie wahrscheinlich große Bedeutung für die zukünftige gesellschaftliche Entwicklung haben werden.

2. Der existentielle Einwand gegen die Freiheit

Dem Gedanken, daß sowohl die Arbeitszeit als auch der materielle Verbrauch eingeschränkt werden soll, wird oft etwas entgegengehalten, was man als existentiellen Einwand bezeichnen könnte. Dieser wird gewöhnlich folgendermaßen formuliert: die Menschen würden mit der Freiheit nicht zu recht kommen, die eine viel zu kurze Arbeitszeit ihnen geben würde, sie würden verwirrt werden, den Halt verlieren, der durch Arbeit und Verbrauch gegeben ist. In den vorausgehenden Diskussionen zu dieser Abhandlung ist dieser Einwand regelmäßig aufgetaucht. Er verdient zweifelsohne ernst genommen zu werden, da er eines der tiefsten Probleme des Lebens berührt. Laßt uns deshalb ein paar Fragen stellen. Was bedeutet eigentlich dieser Einwand für die Wahrnehmung der alltäglichen Wirklichkeit? Und welche optimistische oder pessimistische Menschenauffassung liegt dem existentiellen Einwand gegen meine folgenden Vorschläge zugrunde?

3. Eine elitäre und manipulative Einstellung?

Derjenige, der den Gedanken hat, daß die Menschen nicht zurecht kommen werden mit der größeren Freiheit, ist wohl selten der Meinung, das könnte auch auf ihn zutreffen. Derjenige, der so spricht, spricht nicht primär von den Möglichkeiten, die Wahlfreiheit auf dem Arbeitsmarkt zu verwirklichen, die hier diskutiert werden. Er sagt eher, daß selbst wenn wir sie verwirklichen könnten, wir es doch nicht tun sollten, weil die Individuen nicht willens oder nicht in der Lage seien, diese neue Freiheit zu nutzen. Eine solche Reform würde nur dazu führen, daß die Menschen die existentielle Stütze im Leben verlieren würden, die ihnen die Arbeit gibt.

Die Überlegung leitet den Gedanken auf Erfahrung, die viele gemacht haben, wenn Osteuropäer, aus Ländern mit stärkerer Disziplinierung und eingeschränkterer Entscheidungsfreiheit, in den Westen kommen. Sie wirken oft verloren und verlassen. Hieraus ziehen einige den Schluß, daß eine Liberalisierung den kommunistischen Systemen nicht zur Nachahmung zu empfehlen sei, weil die Individuen nicht willens und in der Lage sind, diese neue Freiheit zu nutzen. Diese Einstellung ist ganz klar elitär und manipulativ..

4. Steuert die Manipulation heute schon?

Wenn das der Fall ist, entsteht die interessante Frage: Ist es diese Einstellung bei unseren politischen und wirtschaftlichen Eliten, die die gegenwärtige gesellschaftliche Entwicklung steuert? Wenn es tatsächlich, wie meine Berechnungen später im Buch andeuten, eine viel größere theoretische Freiheit der Arbeitszeitwahl gibt, als die in der Praxis verwirklichte, muß man fragen, ob sie auf einer solchen manipulativen Einstellung beruht bei denen, die diese Gesellschaft gelenkt haben. Wie kann man sonst den extremen Unterschied erklären zwischen den Wahlmöglichkeiten auf dem Warenmarkt, wo die Freiheit so gut wie total ist, und auf dem Arbeitsmarkt, wo die Freiheit der Wahl der Arbeitszeit äußerst eingeschränkt ist?

Eine solche manipulative Einstellung kann ganz unbewußt sein, ein Erbe aus früheren Perioden, in denen eine puritanische Gesellschaftsmoral funktionalistisch gesehen eine Berechtigung hatte, um den Arbeitseinsatz zu stimulieren, den man benötigte, um das sogenannte wirtschaftliche Wachstum in Gang zu setzen und den wirtschaftlichen Kuchen der Gesellschaft zu vergrößern.

5. Ist die Manipulation bewußt?

Es ist jedoch auch möglich, Argumente zu konstruieren, damit man diese manipulative Einstellung einigen Politikern und Wirtschaftsführern ins Bewußtsein rufen kann. Der Grund hierfür ist, daß man mißtrauisch sein kann, daß die Ergebnisse einer Politik auf einem anderen Gesichtspunkt aufbauen, der zum Vorteil für verschiedene Machthaber sein kann.

Man kann z. B. von seiten der Kapitalbesitzer und der Arbeitgeber behaupten, die jetzige Situation sei sehr viel besser als die hier skizzierte Alternative. Je stärker die Arbeitsdisziplin, je größer der Lohn und die damit verbundene monetäre Nachfrage in der Gesellschaft, eine um so größeren Umsatz würden die Unternehmen erreichen.

Deshalb kann man vermuten, daß der Industrierat und der Arbeitgeberverband sowie die politischen Parteien, die ihnen nahe stehen, solange wie möglich gegen die meisten Vorschläge zur Erweiterung der Freiheiten arbeiten, wenn es um die Wahl der Arbeitszeit der Beschäftigten geht.

Ebenso läßt sich behaupten, daß die Angst wegen der Arbeitslosigkeit für viele Individuen eine starke Motivation erzeugt, Mitglied einer Gewerkschaft zu werden und für die Partei zu stimmen, die Vollbeschäftigung als vornehmstes Ziel schon seit Jahrzehnten verfolgt. Falls die Einstellung zur Arbeit als solche verändert werden soll, falls der Lebensinhalt durch mehr Freizeit größere Priorität gewinnt, falls die Arbeit nicht als ein primäres Bedürfnis betrachtet, sondern als Mittel für die Befriedigung der wesentlichsten Bedürfnisse für sich und andere begriffen wird, ist es denkbar, daß die Gewerkschaften und die ihnen nahestehenden Parteien, in Schweden zunächst die Sozialdemokratie, Schwierigkeiten bei der Mitgliederwerbung haben und kaum Unterstützung finden werden. Aus diesem Grunde ist ein gewisser Widerstand gegen die hier vorgestellten Ideen zu erwarten.

IV. Der Realismus in diesem existentiellen Einwand

Können die Menschen mit mehr Freizeit zurecht kommen? Unabhängig davon, welche elitäre Haltung sich hinter dieser Frage verbirgt, besonders aber hinter der negativen Beantwortung dieser Frage, müssen wir jedoch auch ihren realistischen Gehalt diskutieren. Eine umfassende Beantwortung unserer Frage würde ein sorgfältiges Literaturstudium voraussetzen. Das können wir hier nicht leisten. Einerseits werden wir nur auf das Buch von Johan Huizinga „Homo Ludens“ von 1938 zurückgreifen. In diesem Werk, das in der schwedischen Debatte viel zu wenig Berücksichtigung fand, zeigt Huizinga, daß der Spielinstinkt beim Menschen noch stärker ausgeprägt ist als andere Instinkte, daß wir „spielende Menschen“ sind. Andererseits finden wir Überlegungen z.B. von Dennis Gabor, die andeuten, daß die Freiheit eines unserer ernstesten Probleme der Zukunft werden kann, daß wir große Schwierigkeiten haben werden, damit zurecht kommen. Da wir weder Zeit noch Platz haben, um uns tiefer mit dem Problem zu befassen, werden wir uns damit begnügen, fünf Fragen zur aktuellen Wirklichkeit zu stellen.

1. Objektiv gesehen gibt es viele Freizeitbeschäftigungen, die wenig kosten

Laßt uns als erstes feststellen, daß es ohne Zweifel recht viel zu tun gibt in der Freizeit und recht viel, was nicht viel Geld kostet: Kulturleben, Familienleben, Unternehmungen verschiedener Art, Handwerk, Tanz, seine Freizeit selber gestalten, seine eigenen Pflegebedürftigen pflegen anstatt sie der unpersönlichen Pflege der Gesellschaft zu überlassen – und lieben. „The best things in life are free“ – das Beste im Leben ist kostenlos, wie ein amerikanischer Schlager treffend eine der tiefsten Wahrheiten ausdrückt. Die Liste ließe sich unendlich ausdehnen, wenn wir ins Detail gehen würden. Ist es tatsächlich möglich zu behaupten, daß es einen objektiven Mangel an Freizeitbeschäftigung gibt, die wenig kostet?

2. Gibt es sie subjektiv gesehen?

Dagegen kann man mit gutem Grund die Frage stellen, ob es einen subjektiven Mangel an wenig Kosten verursachender Freizeitbeschäftigung gibt. In Dagens Nyheter am 1. März 1977 sagt z. B. Hans Lundgren von der „Landesorganisation“: „Die Arbeitszeit ist schon erheblich verkürzt worden, aber viele Menschen kommen mit der vergrößerten Freizeit nicht zurecht, unter anderem auf Grund der schlechten Atmosphäre am Arbeitsplatz.“

Hans Lundgren denkt hier zweifelsohne an die Untersuchungen, die gezeigt haben, daß je reicher das Arbeitsleben ist, desto reicher auch die Freizeit ist. Das steht heute so gut wie fest. Mit Rücksicht auf die instrumentelle Einstellung zur Arbeit, die nach Gardells obengenannter Studie sehr verbreitet ist, kann man annehmen, daß auch das Freizeitleben durch die Weise ärmer wird, wie das jetzige Arbeitsleben organisiert ist.

Von diesen Zusammenhängen ausgehend hat man in der Literatur schon den Schluß gezogen, daß das Arbeitsmilieu besser und mehr persönlichkeitsentwickelnd organisiert werden muß, damit auch die Freizeit reicher wird. Aber sollte man nicht einen noch radikaleren Schluß ziehen können: Sollte die Gesellschaft nicht – ich schreibe bewußt nicht: der Staat, sondern die Gesellschaft – darauf hinwirken, den Menschen zu ermöglichen, ihre Fähigkeiten, die Freizeit zu nutzen, zu entwickeln, mehr noch, als ihre Fähigkeit zum Arbeiten? Warum den Weg über das Arbeitsmilieu gehen, wenn es doch das Spielen ist, das für das Individuum von größter Bedeutung ist.

3. Die Konzentration auf den materiellen Verbrauch und die Vollbeschäftigung hat die Diskussion um die Nutzung der Freizeit verdrängt.

Die Diskussion, wie wir unsere Freizeit ausnutzen könnten, ist bisher äußerst dürftig gewesen. Abgesehen von kommunalen Sportanlagen, subventionierten Opernkarten und dergleichen mehr, waren diese Fragen in der Praxis den kommerziellen Kräften überlassen, die versucht haben, jede natürliche Freizeitvergnügung in eine Orgie übermäßigen Verbrauchs zu verwandeln. Die bescheidene Geisteskraft, die übriggeblieben ist, nachdem die kommerzielle Werbung unser Bewußtsein mit neuen Wünschen ausfüllte, ist nun von der Frage der Vollbeschäftigung in Beschlag genommen worden.

Sollte man nicht mit gutem Grund behaupten können, daß eine vertiefte Diskussion, wie man unsere Freizeit gestalten könnte, verdrängt und verkrüppelt worden ist bei unserer totalen Konzentration auf die Erhöhung der Einkommen, damit der Überflußverbrauch erhöht werden kann, um die Vollbeschäftigung aufrechtzuerhalten, wenn die Technik ihre Produktivität der Überflußproduktion erhöht? Sitzen wir hier nicht in einem geistigen Zirkel fest, der uns daran hindert, einige der tiefsten Fragen des Lebens zu diskutieren?

4. Auch die Freizeit ist kommerzialisiert worden, eine Ware geworden, genau wie der soziale Sektor

Kann man das auf Grund der Theorie erklären, die behauptet, daß das kapitalistische System alles zu Waren macht, die gekauft und verkauft werden? Gilt das auch für die Freizeit, genauso wie für die Verschwendung und die pornographizierte Liebe?

Hier entsteht ein Dilemma. Dies kann man mit einem aktuellen politischen Beispiel illustrieren.

Muß Fürsorge zur Ware gemacht werden ?

Alle sind sich einig, daß die Altersstruktur der schwedischen Bevölkerungspyramide so aussieht, daß der Pflegesektor in den nächsten zehn Jahren stark expandieren muß. Gleichzeitig fällt es uns schwer, die Vollbeschäftigung in den „produktiven“ Sektoren aufrechtzuerhalten, wie sie sehr irreführend genannt werden. In diesem Zusammenhang ist davon die Rede gewesen, daß Menschen, die in der Industrie oder in den Büros gekündigt oder Frührentner werden, für einen bescheidenen Lohn die oft sehr einfachen Fürsorgebedürfnisse decken sollten. Dieser Gedanke ist jedoch bei den Gewerk-

schaften auf starken Widerstand gestoßen, deren Einwand ganz richtig ist, daß dies die Lohnentwicklung zurückhalten würde. Aber ist dies wirklich ein haltbarer Einwand von einer Gruppe von Menschen, die sich Sozialisten nennen? Ist es nicht vielmehr eine ziemlich unglückliche Allianz mit dem Kapital, das den Wunsch hat, alle menschlichen Beziehungen zu Warenbeziehungen zu machen, die Profit abwerfen – auch die Fürsorge für den Mitmenschen.

Das extremste Beispiel ist hier der Vorschlag, daß Hausfrauen oder Hausmänner für die Erziehung und Pflege der eigenen Kinder bezahlt werden sollen. Unabhängig davon, welche wirtschaftlichen oder sozialen Motive man für einen solchen Vorschlag vorbringt, kann man nur feststellen, daß etwas nicht stimmt in einer Gesellschaft, wo eine Mutter – oder ein Vater – Geld bekommen soll, für das natürlichste von allem, nämlich für die Versorgung seines eigenen Nachwuchses.

Akzeptiert man jedoch diesen modernen Elternlohn, dann muß man auch akzeptieren, daß es unmöglich ist, ohne Bezahlung Alte und Behinderte in der Gesellschaft zu pflegen, da dies den Elternlohn und somit auch den Pflegelohn drücken würde. Normale, ehrenhafte Mitmenschlichkeit ist wirtschaftlich asozial geworden! Laßt mich noch hinzufügen, daß solange diese Einstellung herrschend ist und wir gleichzeitig an der internationalen wirtschaftlichen Konkurrenz teilnehmen sollen, wir es uns kaum „leisten“ können, den Bedürfnissen des Pflegesektors gerecht zu werden. Es ist diese Richtung, die wir einschlagen. Aber ist dies nicht der Ausdruck dafür, daß die kapitalistische Mentalität sich überall eingeschlichen hat, auch in die Gewerkschaftsbewegung und in die sozialdemokratischen Ideen? Ist dies nicht der Beweis dafür, daß der Kapitalismus die Freizeit verdrängt hat, daß die Freizeit als nichts anderes als Konsum und bezahlte Arbeit existieren darf, daß die Freizeit, die dem einfachen Spielen gewidmet wird oder unbezahlter menschlicher Liebe und Fürsorge, minderwertig und vielleicht asozial ist?

5. Sollte die Freizeit nicht der zentrale Lebensinhalt des Menschen werden?

Die radikalste Frage, die man diesem Raisonement entnehmen kann, könnte die folgende sein: Warum können wir nicht darauf setzen, die Freizeit zum zentralen Lebensinhalt der Menschen zu machen? In der gesellschaftlichen Diskussion von heute ist es selbstverständlich, daß es die Arbeit ist, die den zentralen Lebensinhalt darstellen soll, die uns eine Identität gibt, die die existentielle Leere des Individuums ausfüllt. Dies ist sehr verständlich für den kapitalistischen Sektor, der nicht ohne Arbeiter existieren könnte und deshalb eine Ideologie benötigt, die die Arbeit stimuliert. Aber dies ist ebenso zentral für die sozialistischen Bewegungen, in denen der Wert der Arbeit die Basis ist, auf der der Sozialismus ruht, unbewußt oder bewußt, wie z. B. im ersten Kapitel des Kapitals. Aber warum muß es so sein? Falls die instrumentelle Einstellung zur Arbeit sehr verbreitet ist, falls viele – vielleicht die meisten – die Arbeit als ein Übel betrachten, das notwendig ist für eine reiche Freizeit; warum sollen wir denn dieses nicht akzeptieren, es als Ausgangspunkt nehmen und bewußt versuchen, die Freizeit zum Sinnvollsten des menschlichen Lebens zu machen, ohne unbedingt das Arbeitsleben total zu verändern? Warum sollten wir nicht eine Gesellschaft schaffen können, in der die Arbeit in Form von Freizeitaktivitäten – z. B. Marx' früher genannter Traum des Komponierens – das werden könnte, was den Individuen ihre Identität geben kann, damit ihre existentielle Leere mit einem wertvollen Inhalt ausgefüllt werden kann?

V. Um die Vollbeschäftigung mit 8 Stunden Arbeit, fünf Tage pro Woche, 48 Wochen pro Jahr, in 40 Jahren beizubehalten, ist es notwendig, die Freizeit vollständig zu kommerzialisieren, indem man 80 000-Kronen-Plastikboote zu einem natürlichen materiellen menschlich notwendigen Bedürfnis werden läßt, dessen Erfüllung der Staat subventionieren muß.

1. Vollbeschäftigung – früher eine erfolgreiche Politik

Um jedes Mißverständnis zu vermeiden, leite ich diesen Abschnitt mit der Betonung ein, daß ich der Meinung bin, daß die Vollbeschäftigung in unserer Entwicklung ein wichtiger Schritt einer erfolgreichen Politik war. Da die kapitalistischen Kräfte mit Hilfe der technischen Entwicklung die Löhne der Arbeiter soweit als möglich drückten, trug die Vollbeschäftigung dazu bei, eine gewisse Gerechtigkeit in der Verteilung der Früchte der Arbeit zu gewährleisten. Der Kampf für diese Politik ist auch im Interesse der gesamten Arbeiterklasse gewesen, und er hat dazu beigetragen, Wachstum und Konsolidierung der starken Organisationen, wie der Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Partei, zu fördern.

Worauf ich hinaus will, ist also keineswegs, die Vollbeschäftigung im allgemeinen zu kritisieren. Aber ich möchte die Frage stellen, ob die Zeit nicht doch reif wäre, sie zu modifizieren, oder nach neuen und besseren Zielen für die Wirtschaftspolitik zu suchen. Ziele, die vielleicht noch besser und auf eine flexiblere Art den Individuen eine umfassendere Bedürfnisbefriedigung im Dasein garantieren könnten. Die Gesellschaft ändert sich; ihr Reichtum ist stark gewachsen, die Produktivkräfte sind in einem so hohen Grade entwickelt, daß wir uns heute fragen müssen, ob wir es uns nicht leisten können, Experimente mit neuen Beziehungen in der Produktion und in der Gesellschaft in Angriff zu nehmen. Auch im Arbeitsleben.

Was ich weiter unten ausführe, wird unausweichlich bei sehr vielen Anstoß erregen, auch bei meinen Freunden in der Sozialdemokratie. Sie werden sich wundern, warum ich in Gottes Namen versuche, eine so selbstverständliche Politik zu unterminieren. Deshalb werde ich eine für mich sehr bedeutsame Regel zitieren, die Max Weber in einer Abhandlung gesellschaftswissenschaftlicher Methodenfragen hervorbrachte. Hier sagt dieser große Denker: »Wir müssen uns mit allen Kräften gegen die Auffassung wehren, daß man wissenschaftlich zufrieden sein kann mit der konventionellen Selbstverständlichkeit allgemein akzeptierter Wertvorstellungen. Die spezielle Funktion der Wissenschaft scheint mir genau das Gegenteil zu sein, nämlich Fragen zu stellen gerade gegenüber den Verhältnissen, die täglich als selbstverständlich betrachtet werden.«⁸⁾

2. Vollbeschäftigung – Ziel oder Mittel? Mittel wozu?

Im größten Teil der Periode nach dem 2. Weltkrieg ist die Vollbeschäftigung eines der grundlegenden Ziele in der westlichen Welt gewesen. Sie war zentral in der politischen Debatte im Reichstag, in der Presse und in den Wahlkämpfen. Sie war ein Kriterium für die Beurteilung der Fähigkeit der Finanzminister. Sie gab Anlaß zu unendlich vielen Veröffentlichungen von Wirtschafts- und Staatswissenschaftlern. Niemand kann bezweifeln, daß die Vollbeschäftigung ein Ziel an sich war.

So ist es jedoch nicht immer gewesen. Während der Krise in den dreißiger Jahren und den folgenden Depressionen sagte

die wirtschaftliche Theorie, daß man durch Sparen die Krise bewältigen sollte. Eine Sozialpolitik im modernen Sinne gab es nicht. Die Einsparungen trafen in der Regel die Armen und die am wenigsten Qualifizierten. Wenn die Arbeitslosigkeit einsetzte, fiel das Einkommen des Haushaltsvorstandes weg, und seine Möglichkeiten, selbst so einfache Dinge wie Nahrung und Unterkunft für sich und die Seinen sicherzustellen, wurde zum Problem. Das Annenrecht war restriktiv und laut der herrschenden Gesellschaftsmoral war es beschämend, es in Anspruch zu nehmen.

Dies war die normale Situation bis hin zum 2. Weltkrieg. Arbeit zu haben war die einzige Möglichkeit, die die große Masse zur Sicherung und Befriedigung der elementarsten Bedürfnisse besaß. Fiel die Arbeit weg, stand die Not vor der Tür. In dieser Situation wurde die Vollbeschäftigungspolitik zum einzigen Mittel, der breiten Masse des Volkes eine Sicherheit zur Befriedigung der elementarsten Bedürfnisse zu bieten. Ursprünglich, behaupte ich, war materielle Sicherheit das Ziel und die Vollbeschäftigung das Mittel zur Erreichung dieses Zieles.

Die Erinnerungen an die Not, die die Älteren erlitten und von der die Jüngeren gehört haben, verbunden mit den Schwierigkeiten der Durchsetzung der Vollbeschäftigungspolitik, führten letztlich zum Fortschritt der Sozialdemokratie, die uneingeschränkt dafür eintrat; sie hat jedoch das Mittel zu einem Ziel an sich verwandelt. Das ist verständlich. Mit dieser Entwicklung sollte daran erinnert werden, daß es möglicherweise die Verwandlung des Mittels zum Ziel ist, die uns in die Situation, die wir heute kritisieren, gebracht hat. Obwohl wir eine gewisse materielle Grundabsicherung erreicht haben, macht es uns doch Schwierigkeiten, die Wahlfreiheit für große Gruppen unseres Volkes zu erweitern. Ausgangspunkt für die folgenden Betrachtungen ist, daß die Vollbeschäftigungspolitik im Kern eine Reaktion auf die materielle Not der 30er Jahre war und ein Mittel zur Absicherung aller materiellen Grundbedürfnisse.

Ich möchte die Frage stellen: Gibt es andere und bessere Mittel, um sowohl die materielle Grundabsicherung als auch die volle Bedürfnisbefriedigung zu garantieren?

3. Die bisherige Kritik der Vollbeschäftigung

Die Vollbeschäftigungspolitik ist ein so selbstverständliches Ziel geworden, daß die Politiker auch zur Verteidigung einer Reihe weniger selbstverständlicher Maßnahmen mit Blick auf die Ansprüche neigen, die die Vollbeschäftigungspolitik stellt. Dies hat Anlaß zur Kritik gegeben und einigen Zweifel an der Berechtigung der Vollbeschäftigungspolitik geschaffen.

In diesem Zusammenhang gibt es kaum etwas, was eine so große Rolle gespielt hat wie die Debatte um die Atomkraft. Sie ist der gefühlsbetonteste Teil der politischen Debatte der letzten Jahre gewesen. Das Kernkraftproblem an sich kann hier nicht behandelt werden. Wir werden nur konstatieren, daß die Art, wie die Kernkraftanhänger die Vollbeschäftigung als Argument für einen Atomreaktor nach dem anderen angewandt haben, die Atomkraftgegner auch der Vollbeschäftigung gegenüber skeptisch gemacht hat. Der Versuch der Atomkraftanhänger, eine positive Kopplung zwischen Vollbeschäftigung und Atomkraft herzustellen, hat bei den Gegnern eine negative Kopplung erzeugt.

Der Widerstand gegen die Atomkraft ist etwa in denselben Kreisen verankert gewesen, in denen vor allem die Debatten um die Umwelt und um die unterentwickelten Länder geführt werden. Die Vollbeschäftigungspolitik wurde oft als Grund

⁸⁾ The Methodology of the Social Science, The Free Press, New York 1949, S. 13.

für die Abwertung der Interessen des Natur- und Umweltschutzes herangezogen. Rücksicht auf die Beschäftigung ist ebenfalls angeführt worden als Argument gegen die Liberalisierung der Importe aus den armen Ländern, von der behauptet wird, daß sie bessere Verhältnisse für die am schlechtesten gestellten Menschen auf unserem Erdball schaffen würde. Dies hat zu der Einsicht beigetragen, daß die kurzfristigen Ansprüche, die die Vollbeschäftigung beinhaltet, sich im Widerspruch mit einigen fundamentalen und weitsichtigen Bedürfnissen der Menschheit befinden.

Ferner ist die Vollbeschäftigung als Legitimation einer engen Zusammenarbeit zwischen Regierung, Arbeitgebervereinigung und Lohnempfängerorganisationen verwendet worden, die einige neuerdings korporativistisch nennen und in der viele eine Gefahr für die Demokratie und die Machtverteilung in unserem Lande sehen.

Bisher sind die für die Vollbeschäftigung negativen Kopplungen von Atomkraft, Umweltverschmutzung, mangelnder internationaler Solidarität sowie einer zu großen Machtkonzentration relativ unartikuliert geblieben. Aber jetzt taucht langsam eine offene Kritik auf. Lars Furhoff veröffentlichte zwei Artikel in Dagens Nyheter am 3. und 5. März 1977 über das Dilemma zwischen der Vollbeschäftigungspolitik in einer technisch-dynamischen Gesellschaft und der Demokratie. Einige seiner Schlußfolgerungen waren, daß „die Gewinne der Unternehmen das Wohl der LO sind“. Lars Gyllensten schrieb in einer Veröffentlichung derselben Zeitung am 4. Februar 1977, daß der Staat „in der sozialdemokratischen Bedeutung dieses Wortes“ sich hinter die umfassendste Ausbeutung gestellt habe, die unser Wirtschaftsleben in der Nachkriegszeit geschaffen hat. Er habe dabei seine Wirtschaftspolitik mit Hilfe von anderen, uns netter erscheinenden Werbemethoden durchgesetzt als die, die von der privaten Wirtschaft angewendet werden – mit Hinweis auf den Willen, Beschäftigung zu schaffen, und nicht den Willen, Verdienst zu schaffen. Ob es einen so großen Unterschied zwischen diesen beiden Motiven gibt, kann man diskutieren. Verdienst gibt Beschäftigung, und Beschäftigung gibt Verdienst. In beiden Fällen scheint das Ergebnis die gleiche Art der Produktion von brutaler Ausbeutung und Abnutzung zur Folge zu haben.

Kritik dieser Art werden wir zweifelsohne mehr bekommen, wenn wir im Fahrwasser der letzten zwanzig Jahre bleiben.

4. Was ist Vollbeschäftigung?

Wenn der Begriff der Vollbeschäftigung in unserer politischen Debatte so zentral ist, so könnte man erwarten, daß er klar definiert wäre. Das ist jedoch nicht der Fall. Im Gegenteil ist der Begriff ziemlich unklar und wechselt ständig seine Bedeutung.

Eine der Definitionen von Vollbeschäftigung wählt eine gewisse prozentuale Arbeitslosigkeit als die maximal annehmbare. Das hat man in den USA ausdrücklich getan und in Schweden ergänzt. Aber innerhalb recht weitgezogener Grenzen sind auch die Zahlen über die Arbeitslosigkeit unsicher. Indem er nicht nur die klar abgegrenzte Arbeitslosigkeit berücksichtigt, sondern auch Leute in den sogenannten Beschäftigungsberufen, in der Ausbildung für den Arbeitsmarkt, in halbgeschützter Beschäftigung und bei „geschützten Arbeiten“ sowie „latent Arbeitslose“, kann ein praktischer Politiker wie Henrik Akerman die Arbeitslosenzahlen

in Schweden zwischen 80 000 und 200 000 angeben, oder zwischen 2 – 5,9% der gesamten Arbeitskraft.⁹⁾ Wenn man außerdem die wachsende Zahl der Frührentner berücksichtigt, kann man wie Professor Anders östlind¹⁰⁾ etwa 9% der Bevölkerung in den sogenannten produktiven Altersstufen dem zurechnen, was er den Problemsektor des Arbeitsmarktes nennt.

Sowohl Akerman als auch östlind sind jedoch von einem gewissen gegebenen totalen Arbeitsvolumen ausgegangen als einer festen Größe. Auch dies ist zweifelhaft. Wie groß ist eigentlich das Arbeitsvolumen, das die Vollbeschäftigung garantieren soll? Umfaßt sie z. B. alle Männer zwischen 16 und 65 Jahren? Oder zwischen 20 und 60 Jahren? Umfaßt sie alle Frauen in denselben Altersgruppen? Die Fragen zeigen, daß die Einteilungen der Gesellschaft oder die Geschlechtstraditionen sowie die politischen Entscheidungen über die Länge der Schulzeit und den Eintritt des Rentenalters auf die Definition der Vollbeschäftigung einwirken. Und wie ist es regional gesehen? Muß es Vollbeschäftigung an allen Stellen und in allen Teilen des Landes geben, oder genügt es z. B., daß die drei Großstadregionen für alle, die einen Job suchen, Arbeit bieten? Man könnte einen Schritt weitergehen und die Frage stellen, bei welchem Einkommensniveau es die Vollbeschäftigung geben soll. Wenn die Arbeit ein Ziel an sich wäre und nicht, wie es manchmal behauptet wird, nur ein Mittel ist, um das Ziel der Deckung der materiellen Bedürfnisse zu erreichen, könnte man dann vielleicht einen Grund finden, das existierende Lohnniveau in diesem Lande zu senken, damit man durch den dadurch gesteigerten Export noch mehr Arbeitsplätze schaffen kann? Wer hat behauptet, daß es die Vollbeschäftigung bei gerade diesem existierenden Lohn- und Einkommensniveau geben muß?

Eine kurze Reflexion dieser Fragen zeigt, daß der Begriff Vollbeschäftigung fließend ist. Er erhält in der politischen Debatte in jeder einzelnen Situation eine Operationelle und zeitlich begrenzte Definition. Eine der zentralen Zielsetzungen des politischen Lebens ist also fließend. Immer wenn man eine größere Entscheidung fällt, z. B. die Senkung des Rentenalters oder die Verlängerung der Ausbildungszeit, oder ob der Arbeitstag 10, 8 oder 6 Stunden betragen soll, muß der Begriff Vollbeschäftigung umdefiniert werden und einen neuen Inhalt bekommen. Dies ist eigentlich selbstverständlich. Alle politischen Begriffe sind ziemlich vage und der ständigen Umdefinition ausgesetzt, je nachdem wie die Gesellschaft sich verändert. Es ist jedoch wichtig zu erwähnen, daß die allgemeine Zielsetzung der Vollbeschäftigung an sich unsicher, unklar ist und die Möglichkeit der Umdefinition von Zeit zu Zeit gegeben ist.

Wenn das der Fall ist, warum sollte man dann nicht auch noch andere Fragen in Bezug auf die Vollbeschäftigung stellen als die von den etablierten 6- oder 8-Stunden-Politikern gestellten? Die Vollbeschäftigung ist so etwas wie eine heilige Kuh in der schwedischen Politik geworden. Aber wenn die Politiker selber den Begriff so umdefinieren, wie sie es für richtig halten, warum sollte er dann in der intellektuellen gesellschaftlichen Diskussion ein Tabu sein wie eine weiße indische Kuh?

5. Technik, Arbeitszeit und Verbrauch

In einer Gesellschaft, in der die Technik als etwas Natürliches betrachtet wird, ist es eigentlich selbstverständlich, daß der Begriff Vollbeschäftigung ab und zu umdefiniert werden muß. Schon Galilei stellte fest, daß, wenn man eine Maschine konstruieren könnte, mit deren Hilfe ein Pferd die Arbeit von acht Männern ausrichten könnte, man diese Maschine in Ge-

⁹⁾ „Heiligabendtheorem“ (Juleaftonsteomet). Raben & Sjögren. Stockholm 1976, S. 36.

¹⁰⁾ Ekonomisk Debatt, Nr. 2, 1977, S. 123.

brauch nehmen sollte. Gut 200 Jahre später, im Jahre 1835, beschrieb Andrew Ure, daß automatische „selfacting“ Maschinen fast ganz und gar die menschliche Arbeitskraft ersetzen könnten. Diese theoretische Zukunftsperspektive zusammen mit den Maschinenstürmen in Sachsen inspirierten Marx zur Ausarbeitung seiner Gesetze, nach denen die Kapitalakkumulation den Arbeitern nur ein Existenzminimum gewährt. Um die Analyse zu vereinfachen, werden wir nachfolgend sehr verwickelte Zusammenhänge auf ein Zusammenspiel von drei Hauptkomponenten verkürzen: die Fortschritte der Technik, die Länge der Arbeitszeit und die Höhe der Nachfrage. Diese drei Faktoren wirken auf eine einfache Art zusammen. Falls einer dieser Faktoren unverändert bleibt und der andere zum Gegenstand für Veränderungen gemacht wird, muß sich der dritte anpassen. Bleibt die Länge der Arbeitszeit unverändert und wird die Technik verbessert, so muß die Nachfrage ansteigen. Falls die Nachfrage unverändert bleibt und die Technik verbessert wird, so muß die Arbeitszeit verkürzt werden. Falls die Technik verbessert wird, hat man die Möglichkeit, entweder die Arbeitszeit zu senken oder die Nachfrage zu vergrößern oder diese beiden Faktoren auf eine Art zu kombinieren, daß die Wirkungen des technischen Fortschrittes ausgeglichen werden. In der heutigen Welt ist nie die Rede davon, die Technik zu steuern. Sie wird international bestimmt, ohne daß Schweden einen nennenswerten Einfluß auf sie nehmen kann. Der technische Fortschritt kann als relativ kontinuierlich betrachtet werden und ist im heutigen praktischen Leben bestimmend für die zwei anderen Faktoren.

Die technische Entwicklung gibt somit der Gesellschaft die Möglichkeit, einerseits ihr durchschnittliches materielles Niveau zu erhöhen, andererseits die Arbeitszeit zu verkürzen.

Diese beiden Möglichkeiten müssen in einer stabilen Gesellschaft genutzt werden, und „die Vollbeschäftigung“ muß infolgedessen ab und zu umdefiniert werden. Die große Frage ist eher darin zu sehen, in welchen Proportionen man die Freizeit und den wirtschaftlichen Lebensstandard erweitern muß und unter welchen Formen die Freizeit heranwachsen soll.

6. Ist die Vollbeschäftigung die beste Werbung des Kapitalismus?

Die Beibehaltung der Vollbeschäftigungspolitik bei einer gegebenen Arbeitszeit und einer kontinuierlich voranschreitenden Technik, die ständig die Arbeitsproduktivität vergrößert, kann zu offenbar absurden Ergebnissen führen. In der Praxis muß die Nachfrage nach Waren und Dienstleistungen ständig vergrößert werden, die Verschwendungssucht ständig angetrieben werden, und die 80 000-Kronen-Plastikkreuzer, von denen Jan Wallander sprach, müssen zu notwendigen Waren gemacht werden. Um die Beschäftigung zu gewährleisten, muß der Staat sie subventionieren! Eine solche Entwicklung ist leicht vorauszusehen.

In der Wirklichkeit kann man behaupten, daß die Vollbeschäftigung für die kapitalistischen Unternehmen das gleiche bringt wie ihre großen und gut getrimmten Werbungsapparate. Sowohl die Werbung* als auch die Beschäftigungspolitik stimulieren die Nachfrage, die die Unternehmen benötigen, um Geld zu verdienen, um die Investitionen fortzusetzen und die Beschäftigung beizubehalten. Sind wir hier nicht in der jetzigen Gesellschaftsentwicklung in ein Dilemma geraten? Wir wissen, daß, wenn wir in den reichen Ländern unsere materielle Lebensstandardsteigerung ständig wie bisher fortsetzen, sie dazu beiträgt, daß einerseits die Schwelle zwischen reichen und armen Ländern und Gruppen noch mehr vergrößert

wird, mit unabsehbaren politischen Konsequenzen, daß andererseits die Unsicherheit im Hinblick auf die Rohstoff-, Energie- und Umweltsituation weiter wächst.

Aus diesem Grunde haben wir einerseits angefangen, Fragen zur künstlichen Bedürfnisschaffung der Werbung zu stellen sowie zur Berechtigung der ständigen Steigerung unseres eigenen materiellen Überflusses. Andererseits setzten wir eine Vollbeschäftigungspolitik fort mit genau den gleichen wirtschaftlichen Konsequenzen für die Rohstoffe und die internationale Gerechtigkeit, wie sie auch die Werbung und das Luxusleben bewirken.

Beinhaltet diese Situation nicht etwas fundamental Falsches?

7. Garantiert die Vollbeschäftigung die Nerzmäntel für die Reichen?

Man kann auf einige weitere unbeabsichtigte Ergebnisse der Vollbeschäftigungspolitik hindeuten, Ergebnisse, die man kaum als wünschenswert betrachten kann.

Wir haben in den letzten Jahrzehnten die Verteilung der Einkommen in der Gesellschaft kaum geändert. Neulich ist der Budgetminister Mundebo in Liberale Debatte, Nr. 2, 1977 sogar zu der Erkenntnis gezwungen worden, daß die großen Einkommen es häufig noch schaffen, sich aus der Progressivität im Steuersystem herauszuschlingeln. Eine Vollbeschäftigungspolitik garantiert Einkommen für diejenigen, die in der Gesellschaft am schlechtesten gestellt sind, die unsichere Jobs haben und leicht arbeitslos werden. Das ist gegebenenfalls vortrefflich. Aber da die hohen Einkommen der privaten Unternehmen bei einer unveränderten Einkommensverteilung ihr Geld an der Masse von Niedrig- und Mitteleinkommensempfängern verdienen, trägt die Vollbeschäftigung wie auch die Sozialpolitik zum weiteren Verbrauch von Mercedes-Benz und Nerzmänteln an der Spitze der Einkommenspyramide bei.

Bei der kontinuierlichen technischen Entwicklung und den steigendem Durchschnittsniveaus für die Einkommen in der Gesellschaft wird durch die Wirkung der Vollbeschäftigungspolitik aus Mangel an einer bewußten umverteilenden Einkommenspolitik das Luxusleben stimuliert.

Ist das vernünftig?

8. Führt die Vollbeschäftigung zum osteuropäischen Staatssozialismus?

Eine spekulative Frage, die man aber trotzdem stellen sollte und die auch schon von Gyllensten und Furhof gestellt wurde, ist, ob die Vollbeschäftigungspolitik Tendenzen zu einer Machtkonzentration auslöst, die der Situation in Osteuropa ähnelt?

Diese Frage kann man sehr komplizieren, aber auch stark vereinfachen. Die komplizierte Variante wird von dem Trio Mises-Hayek-Friedmann vorgestellt. Die einfache Variante kann man durch folgende empirische Überlegung andeuten.

Die kapitalistische Mischwirtschaft ist eine Krisenwirtschaft. Wir haben früher häufig angenommen, daß Keynes uns gelehrt hätte, die Konjunkturschwankungen zu bekämpfen. Dieser Ansicht sind wir nicht mehr. Jetzt haben wir Grund zu der Annahme, daß die Konjunktur auch in Zukunft Schwankungen haben wird. Das bedeutet, daß wir mit Unterbrechungen die Tendenz zur Arbeitslosigkeit in unserer Wirtschaft haben. Erfahrungsgemäß und entsprechend einigen

Aussagen der keynesianischen Theorie, die noch längere Zeit Gültigkeit haben werden, muß der Staat eingreifen und auf verschiedene Art und Weise die Beschäftigung aufrechterhalten, damit die Arbeitslosigkeit nicht politisch gefährliche Ausmaße annimmt. Dieses kann normalerweise nur geschehen, wenn sich der Staat im Konjunkturtief eine größere Macht der Wirtschaft gegenüber verschafft.

Die Erfahrung hat uns gezeigt, wie eine solche Machtkonzentration zur Lösung eines von allen erkannten Problems der Arbeitslosigkeit in der Praxis irreversibel war, weil der Staat die Macht auch in den besseren Jahren aufrechterhalten hat. Dies ist ein, möchte ich behaupten, wichtiger Teil der Erklärung für die ständige und schnelle Machterweiterung, durch die die Staatsapparate der westlichen Wirtschaft im letzten halben Jahrhundert gekennzeichnet waren. Wenn dieser Mechanismus auch in den nächsten fünfzig Jahren aufrechterhalten wird, wenn die staatlichen Garantien für die Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung eine Machtkonzentration beim Konjunkturrückgang erfordern, kann das Ergebnis möglicherweise lauten, daß die westlichen Staatsapparate mit oder gegen unseren Willen in dieselbe Machtsituation hineingeraten, die im Osten schon besteht. Dieser Ausblick ist spekulativ, aber nicht ganz unwahrscheinlich. Und da die Machtkonzentration immer äußerst gefährlich ist, sollten wir vielleicht auf diese Möglichkeiten achten, damit wir nicht mit verbundenen Augen in eine Diktatur hineingleiten.

9. Zusammenfassung

Dieses Kapitel ist zunächst nicht nur als ein Angriff auf die Vollbeschäftigung zu begreifen. Denn jene ist ein ausgezeichnetes Mittel zur wirtschaftlichen Geborgenheit für große Teile des schwedischen Volkes während einer langen und mühsamen Entwicklungsperiode. Ich wollte vielmehr zeigen, daß man auch eine Menge Fragezeichen setzen kann bei einer weiteren Fortsetzung dieser Politik. Vollbeschäftigung ist ein schlecht definierter Begriff, den man beizeiten umdefinieren muß. Bei der gegebenen technischen Entwicklung wäre es äußerst einseitig, alle potentiellen Vorteile in Form von steigendem materiellem Lebensstandard zu nutzen und keine in Form von vergrößerter Freizeit. Ferner kann die Vollbeschäftigungspolitik leicht zu unbeabsichtigten Resultaten führen, die sehr unglücklich, um nicht zu sagen absurd werden können.

Das Kritisieren fällt jedoch leicht. Etwas Besseres zu konstruieren, ist sehr viel schwieriger. Das Resultat dieser ausgeführten Kritik an der Vollbeschäftigungspolitik sollte also keineswegs zu deren unmittelbaren Aufgabe führen. Resultat sollte eher sein, daß wir eine Diskussion darüber entfachen, ob es jemanden gibt mit einer politischen Zielvorstellung zur Ersetzung der Vollbeschäftigung. Eine solche Diskussion wird immer notwendiger, denn je mehr die Vollbeschäftigung zur Rechtfertigung anderer und für viele zweifelhafter politischer Beschlüsse herangezogen wird, zum Bau von Atomkraftwerken, zur individuellen Ausnutzung unserer letzten Flüsse und zum Protektionismus gegenüber den unterentwickelten Ländern, um so deutlicher treten die Konsequenzen der Vollbeschäftigung hervor.

Die folgenden Seiten sollen als Versuch eines konstruktiven Beitrages zur Eröffnung der Debatte verstanden werden, die wir früher oder später als mögliche Alternative zur Vollbeschäftigung anfangen müssen.

VI. Eine Alternative: Der Staat garantiert die materielle Grundgeborgenheit

1. Der philosophische Hintergrund

Die Vollbeschäftigung kombiniert mit einem ständig steigenden Lebensstandard, dem sogenannten wirtschaftlichen Fortschritt, ist ein Ausdruck für die militaristische Maximierungsphilosophie, die der Entwicklung der westlichen Welt seit den Kindheitstagen der industriellen Revolution zugrunde liegt. Im Kapitel 15 meines „Lehrbuch für die 80er Jahre“ wird das Bedürfnis für eine „Invertierung“ des Utilitarismus diskutiert. Um den Utilitarismus auf den Kopf zu stellen, ersetzen wir die Forderung maximalen Glücks durch die Forderung minimalen Unglücks. Wir fordern, daß unsere Gesellschaft auf die Minimierung des menschlichen Leidens eingerichtet wird, wo immer es auch existiert, was unter anderem eine Ausrottung der absoluten Armut in der Welt beinhaltet. Die andere Hauptregel dieser neuen Philosophie geht davon aus, daß „niemand seinen Überfluß steigern soll, bevor nicht alle ihre Grundbedürfnisse befriedigt haben“.

Wie oben gezeigt, wehrt sich unsere jetzige Politik stark gegen diese Regel. Bei der heutigen Funktionsweise der Gesellschaft bedeutet die Vollbeschäftigung, daß der Staat mit der gleichen Intention wie die Werbung der privaten Unternehmer gezwungen ist, Maßnahmen zur ständigen Anhebung der effektiven Nachfrage zu ergreifen. In Schweden bedeutet das, daß wir unseren – international gesehen – schon sehr großen Überfluß noch vergrößern. Da diese generelle Steigerung nicht an eine bewußte Einkommensverteilungspolitik angeknüpft ist, führt das dazu, daß unsere jetzige Politik dazu beiträgt, den Überfluß auch bei denen zu vergrößern, die schon ihren 80 000-Kronen-Plastikkreuzer besitzen.

Das ist aus mehreren Gesichtspunkten absurd und sollte geändert werden.

Was könnte der Staat in diesem Falle an Stelle der Vollbeschäftigung garantieren?

2. Ein alternatives Ziel

Könnte man nicht annehmen, daß der Staat an Stelle der Vollbeschäftigung und des damit zusammenhängenden ständig steigenden materiellen Lebensstandards den Bürgern eine materielle Grundgeborgenheit und eine gerechte Verteilung der dazu notwendigen Arbeit garantiert, und daß die Gesellschaft im übrigen so eingerichtet würde, daß die Individuen die größtmögliche Freiheit bekämen, ihre Wünsche zu verwirklichen, unabhängig von ihrer jeweiligen Richtung?

Ich stelle bewußt diesen Vorschlag in Form einer Frage, da die kurze Zeit, die ich vorläufig zum Nachdenken über diese Zusammenhänge zur Verfügung habe, keine Möglichkeit für eine qualifizierte Antwort läßt, aber ich möchte kurz begründen, warum diese Vorschläge einer Überlegung wert sind.

Zunächst können wir feststellen, daß dieser Gedankengang mit der Ziel – Mittel – Beziehung übereinstimmt, wie sie für die Zeit beschrieben wurde, als die Vollbeschäftigung sich durchsetzte. Damals war es das Ziel, eine gewisse materielle Grundgeborgenheit für alle zu garantieren. Das Ziel meines Vorschlages ist auch, daß alle Menschen durch das ganze Leben hindurch eine gewisse materielle Grundgeborgenheit gesichert bekommen. Eine solche Garantie hat natürlich einen Preis, der gerecht in Form einer gewissen Menge Arbeit verteilt werden sollte, die alle ausführen müssen, damit eine solche Standardgarantie der Gesellschaft garantiert werden könnte. Wenn man die Arbeit aus einer instrumentellen

Sichtweise als Schufferei oder Notwendigkeit betrachtet, wird eine solche Verteilung ganz selbstverständlich. Wenn man die Arbeit an sich als etwas Wertvolles betrachtet, ist es auch selbstverständlich, daß sie gerecht verteilt wird.

Auf der anderen Seite bedeutet dieser Vorschlag, daß der Staat weder direkt noch wie heute indirekt zu einem Leben in Luxus oder Überfluß beitragen soll.

Ferner bedeutet der Vorschlag, daß wir versuchen müßten – was Bewußtsein und Handeln betrifft – aus der Zwangsjacke herauszukommen, welche ich im ersten Abschnitt behandelte, die nämlich das Interesse und Denken der Menschen an einem ständig steigenden materiellen Lebensstandard und eine ständige Angst vor Arbeitslosigkeit bindet. Diese Zwangsjacke ist es, die eigentlich die meisten zur Ganztagsarbeit verpflichtet, auch wenn sie ihren Job nicht mögen. Statt dessen sollte die Gesellschaft den Individuen eine Chance zur Verwirklichung einiger ihrer Träume geben, egal, welche Richtung sie auch nehmen mag. Die meisten jungen Menschen träumen von Dingen, die sie später oft auf eine deprimierende Art aufgeben müssen. Viele werden niemals die Zeit besitzen, sie zu verwirklichen. Diese Träume haben häufig sehr wenig mit materiellen Problemen zu tun. Wenn diese Individuen eine Garantie der materiellen Grundgeborgenheit bekommen, warum sollten sie dann nicht ganz im Gegensatz zu heute den Versuch wagen, das zu verwirklichen, was anscheinend an der Grenze des Unmöglichen liegt, z. B. dazu beizutragen, eine bessere Gesellschaft zu schaffen?

Diesen Vorschlag kann man noch detaillierter begründen. Aber damit wir wissen, wovon die Rede ist, werde ich die größten Grundlinien eines Systems aufzeigen, welches in der Lage ist, die hier vorgeschlagene Zielsetzung über die Staatsmacht für die ganze Gesellschaft zu verwirklichen.

3. Die Utopie in einer Nußschale

In der utopischen Gesellschaft, die wir hier skizzieren, gibt es vier große Sektoren, zwei wirtschaftliche, einen politischen und einen für alles andere. Wir können sie den Grundbedarfssektor, den Überflußsektor, den Machtsektor und den Freiheitssektor nennen. Laßt uns diese als ein kleines Gedankenexperiment kurz zusammenfassen.

Der Grundbedarfssektor, der staatlich sein soll, muß sich um die materiellen Grundbedürfnisse der Menschen kümmern. Seine Größe wird bestimmt von der Summe der Bedürfnisse, die der Staat abdecken soll, und dem Arbeitseinsatz, der auf der gegebenen technischen Entwicklungsstufe zur Produktion der notwendigen materiellen Güter gebraucht wird. Diese notwendige Arbeitsmenge sollte gleichmäßig verteilt werden als Recht und Pflicht für jeden Bürger. Die Bezahlung für die ausgeführte Arbeit muß in Form von Einkaufskarten geleistet werden, die man weder verkaufen noch weitergeben kann, und die materielle Grundgeborgenheit für das Individuum muß garantiert sein, so lange es lebt.

Für die Individuen, die einen höheren wirtschaftlichen Lebensstandard anstreben als die gegebene Grundgeborgenheit, sollte ein wirtschaftlicher Überflußsektor existieren. Hier müßten die Individuen in einem Umfang, in dem sie ihren Mitmenschen keinen Schaden zufügen – frei kaufen und verkaufen, investieren und produzieren, sparen und verschwenden, setzen und verlieren können. In diesem Sektor müßte es alle möglichen Formen von Tätigkeiten geben, mit Ausnahme der staatlichen. Der Staat muß sich insgesamt außerhalb dieses Sektors aufhalten, den man nur mit Hilfe allgemeiner Gesetze regulieren sollte. Innerhalb des Überflußsektors sollten pri-

vate Kooperative, Unternehmen mit Lohnabhängigen und andere frei konkurrieren können.

Für die Personen, die zunächst nicht daran interessiert sind, das Geld für einen höheren Lebensstandard als den durch den elementaren Bedarfssektor gegebenen zu verdienen, muß es einen dritten Sektor geben, den Freiheitssektor, für die Kultur, den Sport, das Zusammenleben und für sonstige Freizeitaktivitäten. Innerhalb dieses Sektors können verschiedene Bedürfnisse für ein zusätzliches Einkommen entstehen, weil Extrakosten entstehen könnten zur Verwirklichung individueller Träume. Dieses Geld kann man durch vorübergehende Arbeiten im Überflußsektor verdienen. Aber der Freiheitssektor muß – so lange es anderen nicht schadet – den Menschen eine größtmögliche Freiheit zur Verwirklichung mancher Träume gewähren, die ihrer Phantasie entspringen, ohne materielle Sorgen.

Der vierte Sektor, der Machtsektor, muß in etwa unserer jetzigen Gesellschaft ähneln. Durch offene und freie Wahlen muß das Volk seine Vertreter wählen, die letztendlich über die Konflikte und Gegensätze entscheiden sollen, die natürlich in jedem Gesellschaftssystem entstehen, auch in dem hier skizzierten. Ferner wäre es notwendig, ein besonderes Grundgesetz zu schaffen, welches die Grenzen für die übrigen drei Sektoren auf eine Art umreißt, die sie stabilisiert und verhindert, daß z. B. der Überflußsektor auf den Bereich des Grundbedarfssektors und des Freiheitssektors übergreift. Der Machtsektor sollte ferner der Besitzer der Produktionsmittel im Grundbedarfssektor sein. Aber die politischen Machthaber sollten mit Rücksicht auf gleiche Machtverteilung nur ausnahmsweise leitende Stellen innerhalb der staatlichen Unternehmen einnehmen.

Durch diese Kombination sollte den Individuen nicht nur ein bescheidener wirtschaftlicher Lebensstandard garantiert werden, sondern auch eine bedeutend größere Freiheit, als sie heute existiert, um ein vielseitiges und harmonisches Leben in einer weniger einseitig materialistischen Gesellschaft als der heutigen leben zu können.

4. Der Sozialismus und der Kapitalismus in einer höheren Einheit

Wenn man neue Ideen in eine gesellschaftliche Diskussion einbringt, ist es interessant zu beobachten, welche Macht am längeren Hebel sitzt. Ein bekannter bürgerlicher Arbeitsmarktpolitiker reagierte unmittelbar auf den Vorschlag des im staatlichen Besitz angesiedelten Grundbedarfssektors, indem er sagte, daß jegliche sozialistische Wirtschaft ineffektiv sei. Ein anerkannter sozialistischer Arbeitsmarktpolizist reagierte ebenso schnell auf den privaten Überflußsektor, wo die Gebildeten und Unternehmungslustigen seiner Meinung nach notwendigerweise den weniger Gebildeten und den leicht Beeinflussbaren ausbeuten würden. Die Diskussion um Kapitalismus und Sozialismus ist oft so geführt worden, als wäre es eine Frage von entweder – oder. Beide Systeme sind jetzt geprüft worden und beide sind, finde ich, für schlecht befunden worden. Nichtdestoweniger setzen die Wortführer beider Systeme in Hayeks und Friedmanns Fußstapfen die Diskussion fort, als müßte man entweder das eine oder das andere haben, während die Wirklichkeit beide Seiten zwingt, eine Mischwirtschaft zu akzeptieren, die sowohl Elemente der Planungswirtschaft als auch der freien Marktkräfte beinhaltet.

Einer der interessantesten Aspekte dieses skizzierten Vorschlages ist, daß er sowohl den Sozialismus als auch den Kapitalismus befürwortet; den Sozialismus mit seiner Planwirtschaft zur Deckung der materiellen Grundbedürfnisse, den Kapitalismus mit seinen freien Marktkräften zur Deckung der

Überflußbedürfnisse. Diese Aufteilung in zwei Sektoren sollten einen gewissen Machtausgleich in der Gesellschaft garantieren und verhindern, daß wir im Rahmen einer äußerst unklar definierten Mischwirtschaft hinübergleiten zu einer extremeren Form von Staatssozialismus oder, wer will, des Staatskapitalismus.

Ein weiterer naheliegender Aspekt hängt zusammen mit der Balance zwischen Staat und Individuum und den großen privaten und staatlichen Organisationen. Der modernen Informations-, Kommunikations- und Datentechnik gegenüber fühlen sich viele Menschen total überwacht, total kontrolliert, ohne darauf selbst Einfluß nehmen zu können. Dieses ständige unangenehme Gefühl ist eine starke Quelle der Unzufriedenheit gegenüber der modernen Gesellschaft. Die Balance zwischen Staat und Individuum ist gestört.

Zwei der wichtigsten Ursachen dieser Entwicklung sind die Vollbeschäftigung und die Entwicklung des Steuersystems. Wenn der Staat in einer kapitalistischen Mischwirtschaft die Verantwortung dafür übernimmt, daß allen arbeitswilligen Individuen ihr Leben lang auf jedem wirtschaftlichem Niveau Vollbeschäftigung garantiert ist, dann übernimmt der Staat die Verantwortung für das Marginalproblem des Kapitalismus auch in Krisenzeiten. Die Tendenzen gegen die totale Verantwortung und möglicherweise gegen den Totalitarismus werden unvermeidlich stärker.

Wenn der Staat sich statt dessen auf seine primäre Verantwortung zur Beschaffung eines befriedigenden Realeinkommensniveaus für alle Menschen konzentriert und nur die Verantwortung für einen entsprechend kleineren Produktions- und Arbeitsmarktsektor haben würde, sähe die Balance zwischen Individuum und Staat wesentlich anders aus als heute bzw. als sie morgen sein wird. In dem vorgestellten Modell sind die Folgen für das Individuum, das dem indirekten Einfluß des Staates sein Leben lang ausgesetzt ist, ausgetauscht gegenüber einem stärkeren und direkteren, handgreiflicheren Einfluß in einem kürzeren Zeitraum seines Lebens. Ob dieses einen Gewinn oder einen Nachteil für das Individuum bedeutet, ist a priori schwer zu entscheiden.

Die jetzige Ausgestaltung des Steuersystems fordert, daß sich der Staat durch seine „Spione“ von jeder Handlung Kenntnis beschaffen kann, die die Ökonomie des Individuums beeinflussen kann. Und nachdem alles tendenziell zur Ware wird, müssen die Steuerspione im Prinzip jede einzelne Handlung des Individuums kontrollieren. Abgesehen von den gerechtfertigten Gründen für ein solches System – und die gibt es – ist es unvermeidbar, daß sich bei den kontrollierten Individuen eine starke Unzufriedenheit entwickelt. Nachdem die Macht des Staates innerhalb der unklar definierten Mischwirtschaft zu nicht geplanter Erweiterung tendiert, gilt dies auch für die Steuerbelastung. Dadurch wird die Notwendigkeit der Kontrolle größer. Wir treiben einer Situation entgegen, die darin gipfelt, daß alle freien Individuen ständig einen Staatsspion auf den Fersen haben, wo eine Hälfte der Bevölkerung die andere Hälfte kontrolliert, oder schlimmer noch, wo jeder jedem nachspioniert.

Die Entwicklung geht nicht in die richtige Richtung

Das hier skizzierte Modell soll dazu beitragen, daß das jetzige Steuersystem durch eine klar definierte Arbeitspflicht für alle ersetzt wird. Der Gewinn, den die Arbeitenden in ihren arbeitspflichtigen Jahren machen, muß so gut wie alle jetzigen Steuern ersetzen und dem Staat das benötigte Einkommen bringen. Was die Individuen darüber hinaus im Überflußsektor verdienen, wird nur in sehr geringem Maße von der Be-

steuerung berührt und bedarf deshalb keiner Kontrolle. Es gibt jedoch eine bedeutende Ausnahme. Sie knüpft daran, daß der Überflußsektor auf den Einzelinteressen und Fähigkeiten des Individuums beruht und die Verdienste dieser Generation, der nächsten aber nicht zugute kommen sollten. Deshalb wird die Erbschaftssteuer in dem neuen System stark erhöht. Im übrigen brauchte man die Aktivitäten innerhalb des Überflußsektors und des Freiheitssektors kaum zu kontrollieren, die allem Anschein nach einen besseren Ausgleich zwischen Individuum und Staat ermöglichen als den heutigen.

Im großen und ganzen steht hinter meinem Vorschlag der Gedanke, Grenzen zwischen dem Individuum und der Gesellschaft aufzubauen, die eine ungeplante Verschiebung in jegliche andere Richtung ausschließen. Einerseits gibt der Vorschlag dem Individuum die materielle Geborgenheit, die erforderlich ist, andererseits garantiert er einen hohen Grad individueller Freiheit gegen den modernen Leviathan, den der Staat darstellt oder darstellen wird. Das ist sowohl dem Kapitalismus als auch dem Sozialismus mißlungen. Wir müssen nun versuchen, sie auf eine höhere Einheit zu bringen, und der Weg über die undefinierte Mischwirtschaft ist nicht der einzig mögliche.

VII. Die groben Konturen der Utopie

1. Einleitung

Diese Utopie wäre es an sich wert, umfassender in Form eines Buches herausgegeben zu werden. Einige frühere Versuche in dieser Richtung, durch die diese Zeilen stark inspiriert sind, finden wir bei Karl Ballod und T. Ehrenfest-Afanassjewa. Ersterer wurde seinerzeit durch Lenins Arbeit mit dem Goelro-Plan 1919 inspiriert. In dem kurzen und schnell verfaßten Arbeitspapier, das hier vorliegt, kann ich jedoch nicht mehr tun, als einige grobe Konturen der Utopie niederschreiben. Dieses in der Hoffnung, daß auch eine solche grobe Skizze zu einer Debatte anregen könnte, die vielleicht über die „einprozentige Denkweise“ hinausgeht, die nur kleine marginale Änderungen an den etablierten Gesellschaftsverhältnissen erlaubt.

Laßt mich aber noch unterstreichen, daß die erwähnte Kritik gegenüber den jetzigen Tendenzen eines viel zu hohen Luxusverbrauchs in Schweden, verstärkt durch die aktuelle Vollbeschäftigungspolitik, für sich selber steht und gelesen werden kann ohne die hier skizzierte Utopie. Das gleiche gilt für den Vorschlag einer neuen grundlegenden Zielsetzung, wonach der Staat anstelle der Vollbeschäftigung allen eine materielle Grundgeborgenheit garantieren soll. Beide Teile dieser Abhandlung können und sollen meiner Meinung nach in einer ersten Art diskutiert werden. Die erwähnte Kritik erscheint mir realistisch, und der alternative Vorschlag zur Zielsetzung ist ernst gemeint.

Die hier skizzierte Utopie ist natürlich unrealistischer. Die Bedingungen der Wirklichkeit und die Trägheit bei gesellschaftlichen Veränderungen bedeuten, daß sich die heutigen Institutionen so schnell nicht umformen lassen. Das ist mir natürlich vollkommen klar, und das ist auch der Grund, warum ich meinem Diskussionsbeitrag die Überschrift „Utopie“ gebe. Falls einige, was sicher ist, oder die meisten, was ich glaube, diese Utopie ganz kopflos finden, dann kann ihr Wert darin liegen, daß sie möglicherweise die Gegner einer Gehirnwäsche unterzieht und sie lehrt, daß nicht notwendigerweise alles so sein muß, wie es sich heute mit einer Abwei-

chung von höchstens einem Prozent darstellt. Aber egal, wie kopflos und unrealistisch die Utopie auch erscheinen mag, sie vermindert nicht den Ernst der Kritik an den heutigen Übertreibungen der Vollbeschäftigung.

2. Nehmen wir eine „geschlossene Wirtschaft“ an.

Ein erster Vorbehalt, den wir bei dieser kurzen Vorstellung der Utopie berücksichtigen müssen, rührt daher, daß ich in meinen weiteren Überlegungen annehme, Schweden hätte keine internationalen Verflechtungen. Das ist ein gewöhnlicher Ausweg innerhalb der Nationalwirtschaft, wenn man gewisse Fragen reinhalten will. Dabei geht man häufig von der Annahme aus, die „closed economy“ oder „geschlossene Volkswirtschaft“ genannt wird. Dies ist hier, wann immer diese Voraussetzung einer Beurteilung zugrunde gelegt wird, ein großer Mangel. Die begrenzte Natur der Aufgabe, die mir gestellt wurde, hat mich jedoch gezwungen, bis auf weiteres von der großen Komplexität zu abstrahieren, die die internationalen Beziehungen beinhalten. Auf einige möchte ich noch hinweisen.

Erstens ist es wahrscheinlich unmöglich, alles innerhalb der Landesgrenzen zu produzieren, was im Grundbedarfssektor benötigt wird. Ein gewisser Außenhandel muß existieren.

Andererseits müßte eine fortgesetzte Analyse zeigen, wie die hier diskutierten Veränderungen in Schweden zu den globalen Vorstellungen eines verbesserten Haushaltes mit den begrenzten Natur- und Umweltressourcen sowie einer gerechteren Verteilung der Einkommen zwischen den armen und reichen Ländern und innerhalb dieser beitragen können.

Drittens wird nachfolgend ein Abbau des materiellen Lebensstandards der Individuen diskutiert, bestimmt als ein proportionales Herabsetzen des Bruttonationalproduktes pro Einwohner. Das kann im Hinblick auf den privaten Verbrauch und die damit zusammenhängenden Investierungsbedürfnisse realistisch sein. Es könnte auch realistisch sein für einen Teil des öffentlichen Verbrauchs und der öffentlichen Investitionen der Gesellschaft. Es ist jedoch zweifelhaft, ob es auch für den Verteidigungssektor realistisch ist. Wir wissen es nicht, und man sollte die Forschung dahingehend forcieren, wie die militärischen Bedürfnisse die moderne Gesellschaft zwingen, die wirtschaftlichen Entwicklungen weiterzutreiben, vor allem den sogenannten technischen Fortschritt. Es ist möglich, daß es die militärischen Forderungen und Vorstellungen von der Gesellschaft sind, die diese und eine Reihe anderer Utopien zu Fall bringen.

Viertens haben wir den banalsten, aber gleichzeitig doch ganz richtigen Einwand, der gegen alle Vorschläge zu Veränderungen vorgebracht wird, die über die gängige Einprozent-Denkweise hinausgehen, daß nämlich Schweden solche Veränderungen nicht isoliert durchführen kann. Nein, isoliert kann Schweden natürlich diese Utopie nicht verwirklichen, beim heutigen Stand der Dinge in der Welt. Es war mir aber schon immer unverständlich, warum dieser sachlich ganz richtige Einwand verhindern sollte, daß man überhaupt darüber diskutiert, oder warum er bewirkt, daß man in der gesellschaftlichen Diskussion verächtlich alle Anregungen ablehnt, die eine bessere Gesellschaft schaffen könnten, wenn wir eine größere internationale Freiheit zur Veränderung der schwedischen Gesellschaft hätten.

Genug davon, diese generelle Eingrenzung bewirkt, daß wahrscheinlich auch die groben Konturen meines Vorschlages einer utopischen Zukunft den Schein von Unwirklichkeit bekommen.

3. Der Grundbedarfssektor

3.1 Wie groß ist der Grundbedarfssektor?

a) Ein entscheidendes Problem für die Überzeugungskraft des hier skizzierten Modells ist sicherlich die Frage, welches Ausmaß der Grundbedarfssektor haben muß. Die Antwort darauf beeinflußt die Grenzen zwischen erzwungener Wahlfreiheit, die Balance zwischen Staat und Individuum, zwischen Kapitalismus und Sozialismus, und sie bestimmt die Länge der Pflichtarbeitszeit.

Laßt uns zunächst festhalten, daß es keine objektiven Kriterien dafür gibt, was notwendige Bedürfnisse sind. Diese Frage wurde in den zwei ersten Abschnitten dieser Abhandlung diskutiert, mit der Schlußfolgerung, daß wir weder im Hinblick auf den materiellen Verbrauch noch auf die Arbeit wissen, wo die Grenze zwischen Maßhalten und Übertreibung ist. In beiden Fällen drängt sich in der heutigen Gesellschaft der Verdacht auf, daß ein manipulativer Einfluß auf die Entscheidungen der Individuen besteht. Die Grenzen des Grundbedarfssektors müssen deshalb mit Hilfe politischer Beschlüsse auf üblichem demokratischem Weg festgelegt werden. Eine andere Alternative gibt es nicht.

Wo sollte die Grenze von den Politikern gesetzt werden?

Der Beschluß dürfte wohl kaum darauf basieren, daß allen der momentane hohe schwedische Durchschnittslebensstandard zugestanden wird. In diesem Falle würde unser gesamtes Gedankenexperiment in der jetzigen Situation fehl am Platze sein. Wir sollten auch nicht den jetzigen indischen Lebensstandard wählen. Aber zwischen diesen beiden Extremen ist die Wahl völlig frei. Bei einer detaillierteren Ausarbeitung dieser Ideen könnte man eventuell als Richtschnur die Künstler- und Schriftstellerlöhne hernehmen, die in Schweden eingeführt worden sind, oder möglicherweise auch den Durchschnitt einer ausgewählten Gruppe von Niedrig-Lohnempfängern, denen das Überleben trotz aller unvermeidbaren Probleme gelungen ist. Möglich wäre es auch, von dem Niveau auszugehen, das von einigen Leuten für ein isoliertes Schweden in einer internationalen Krisen- oder Kriegssituation ausgerechnet worden ist. Man könnte vielleicht auf den Lebensstandard zurückgreifen, der während des 2. Weltkrieges bestand, als der persönliche Gesundheitszustand laut Untersuchungen sowohl in Holland als auch in Norwegen größer war als heutzutage.

Das Niveau, das in jedem Fall gedeckt werden muß, beinhaltet:

- (A) Eine ausreichende Menge Kalorien und Proteine, d. h. angemessenes Essen, aber nicht coeur de filet provençale.
- (B) Wasser, das wohl in fast allen schwedischen Haushalten so gut wie kostenlos zur Verfügung steht, aber nicht Coca Cola und Veuve Cliquot.
- (C) Einfache warme Kleidung. Eventuell kann man wie in China eine ausreichende Menge Kleidung an alle Einwohner verteilen. Dagegen sollte der Staat die Bevölkerung nicht mit Nerzmänteln versorgen.
- (D) Eine einfache Wohnung, jedoch nicht Djursholm-Villen.
- (E) Zugang zu den elementarsten Gesundheitseinrichtungen, aber nicht zur raffinierten Spezialistenbehandlung.
- (F) Zugang zur elementaren Schul- und Berufsausbildung sowie zum Kulturleben, aber nicht zur Handelshochschule.

reicht – gerechnet als Verbrauch von Waren und Dienstleistungen des privaten wie auch des öffentlichen Sektors – wenn sie dadurch im hier diskutierten Sinne von den materiellen Grundproblemen frei wären. Es ist doch bemerkenswert, daß selbst ein Drittel des jetzigen schwedischen Lebensstandards ein Vielfaches höher ist als derjenige, mit dem der ärmere Teil der Menschheit heute auch lebt.

Die dritte Voraussetzung der Tabelle ist, daß eine kürzere Lebensarbeitszeit und eine längere Tagesarbeitszeit, vielleicht kombiniert mit kürzeren Serien in der Produktion, zum Herabsinken der Produktivität führen kann. Folglich gehe ich in Alternative 2 von der Annahme aus, daß 40 000 Arbeitsstunden statt 37 500 zur Produktion der Waren und Dienstleistungen benötigt werden, die die Hälfte des Lebensstandards von 1977 garantieren. In den Alternativen 3 und 4 habe ich 20% der berechneten Arbeitsjahre hinzugerechnet, mit Rücksicht auf einen solchen möglichen Rückgang der Produktivität. Man sollte jedoch auch betonen, daß es Argumente für eine Steigerung der Produktivität bei einer Verkürzung der Lebensarbeitszeit gibt. Ich bin jedoch von relativ ungünstigen Voraussetzungen ausgegangen, um nicht die Vorteile des diskutierten Modells zu übertreiben.

Das Ergebnis der Tabelle ist klar. Es gibt eine nicht zu unterschätzende Flexibilität in unserem jetzigen wirtschaftlichen System hinsichtlich der Lebensarbeitszeit der Individuen. Die Voraussetzung ist jedoch, daß sie willens sind, ihre materiellen Bedürfnisse zu zügeln, und daß sie etwas anderes Wesentliches zur Erfüllung ihres Lebens finden statt des materiellen Rausches. Statt der 39 Arbeitsjahre sollte derjenige, der sich mit der Hälfte des jetzigen Lebensstandards begnügt und gewillt ist, zehn Stunden am Tag zu arbeiten, die Berufsarbeit nur kurze 17 Jahre ausüben. Er hätte somit 22 Jahre zusätzliche Freizeit zur Verfügung. Derjenige, der willens ist, auf ein Drittel des jetzigen materiellen Lebensstandards hinunterzugehen, sollte auf dieselbe Art bestenfalls 26 Jahre und im ungünstigen Fall gut 23 Jahre für das zur Verfügung haben, was ihm im Dasein Erfüllung bringt.

Die Flexibilität im Arbeitsleben braucht sich gegebenenfalls nicht in einer zusammenhängenden Arbeitsperiode und einer totalen Freizeit danach auszudrücken. Wenn wir annehmen, daß ein Individuum, sagen wir, 15 Jahre arbeiten müßte, um seine materiellen Grundbedürfnisse zu befriedigen, so kann das bedeuten, daß es einen Ganztagsjob z. B. im Alter von 20 bis 35 Jahren ausübt, es kann jedoch auch 30 Arbeitsjahre als Teilzeitbeschäftigung bedeuten, wobei man unter Teilzeit 4 Stunden täglich 5 Tage pro Woche verstehen kann oder 8 Stunden täglich die halbe Woche oder jede zweite Woche oder 6 Monate pro Jahr oder alle zwei Jahre.

Es ist offenkundig, daß es sehr viele Möglichkeiten gibt, die Arbeitszeit auf andere Weise zu organisieren, als wir es heute tun.

Der staatliche Sektor in meinem Modell sollte in einem weitestmöglichen Grade auf diese Flexibilität setzen. Wenn wir annehmen, daß die Garantie des Staates für die materielle Grundgeborgenheit auf einem Niveau festgesetzt wird, bei dem beim jetzigen technischen Entwicklungsstand zwischen 12 und 15 Jahre Arbeitspflicht gefordert werden, sollte der Wunsch der Individuen, wann und wie sie ihre Arbeitszeit ableisten, so weit wie möglich respektiert werden. Das führt uns zu dem nächsten großen Problem: Was bedeutet die Arbeitspflicht?

3.2 Die Arbeitspflicht – die haben wir schon

Das primäre Ziel für das staatlich-wirtschaftliche Unternehmen sollte es sein, allen Einwohnern des Landes eine gute, wenn auch bescheidene materielle Grundbedarfsdeckung zu garantieren. Um das zu erreichen, wird ein bestimmter menschlicher Einsatz gefordert. Deshalb wird es ein ebenso wichtiges Ziel für die Gesellschaft sein, dafür Sorge zu tragen, daß der notwendige Arbeitseinsatz über die gesamte Bevölkerung gerecht verteilt wird.

Eine solche gerechte Verteilung wird auf zwei verschiedene Arten motiviert. Wenn die erforderlichen Arbeiten hauptsächlich den Charakter von Schufterei oder notwendiger Arbeit annehmen oder subjektiv als solche betrachtet werden, ist es ganz selbstverständlich, daß die Arbeit gerecht verteilt wird, womit hier aber auch gleichzeitig angedeutet werden soll, daß solche Umgestaltungen zu einer Reihe individueller Probleme führen können. Dieses Recht, das die Gesellschaft den Individuen gibt, d. h. die garantierte materielle Grundgeborgenheit, wird wahrscheinlich für alle gleich sein. Rechte und Pflichten müssen in jeder Gesellschaft Hand in Hand gehen, wenn die politischen Spannungen nicht größer werden sollen.

Wenn man statt dessen damit rechnet, daß die Arbeit ein Bedürfnis an sich ist, eine Forderung, um dem Leben einen Inhalt zu geben, gilt genau die gleiche Überlegung. In diesem Fall verfügt die Gesellschaft nur über eine gewisse Arbeitsmenge, und die Gerechtigkeit erfordert es, daß die Gesellschaft diese gleichmäßig unter den Individuen verteilt.

Man kann sich natürlich vorstellen, daß einige Individuen die Arbeit als ein Bedürfnis an sich betrachten, während andere es für ein notwendiges Übel halten. Solche Komplikationen können im Moment noch nicht berücksichtigt werden, hierzu bedarf es einer Weiterentwicklung dieser Gedankengänge.

Während meiner Arbeit an dieser Abhandlung kam ich auf den Gedanken, daß man allen auch eine materielle Grundgeborgenheit garantieren kann, ohne eine Gegenleistung zu fordern. Dies könnte z.B. durch die Einführung einer sogenannten negativen Einkommensteuer in der bestehenden Gesellschaft geschehen, auch jetzt bereits. Mir fällt es aber schwer, an eine solche Idee zu glauben. Wir wissen schon jetzt, wie viele sich über den in der Schmutzpropaganda stark übertriebenen Mißbrauch der Sozialhilfe aufregen, wodurch die Basis zur Möglichkeit sozialer Hilfen reduziert wurde. Sollte das Recht zu einer „negativen Einkommensteuer“, d.h. zu einer angemessenen materiellen Bedarfsdeckung, allgemein werden, wäre es möglich, daß es von so vielen Menschen ausgenutzt würde, so daß ein starker Widerstand der Steuerzahler, die diese „Rechte“ bezahlen müssen, ausgelöst würde. Meiner Meinung nach müßte daher die hier diskutierte staatlich garantierte materielle Grundgeborgenheit notwendigerweise mit einer Pflicht für alle Individuen einhergehen, ihren Teil der notwendigen Arbeit zu leisten. Der Preis für die garantierte materielle Geborgenheit muß also eine Arbeitspflicht für alle werden.

Während der Arbeit an dieser Abhandlung habe ich alternativ die Worte Arbeitspflicht und Arbeitsdienstpflicht verwendet. Die Reaktionen sind, wie vielleicht zu erwarten, übermäßig negativ ausgefallen. Niemand scheint irgendwelche Pflichten gern zu sehen, und die Militärpflicht, an die bei diesen Worten erinnert wird, scheint offensichtlich ein für viele abschreckendes Beispiel dafür zu sein, wie das Dasein nicht eingerichtet werden sollte. Ich bestehe jedoch darauf, wenigstens das abgemilderte Wort Arbeitspflicht zu verwenden. Dieses

aufgrund reiner Achtbarkeit. Um was es hier geht, ist doch die Pflicht, eine bestimmte Arbeit als Äquivalent für das Recht auszuführen, das Leben hindurch eine garantierte materielle Geborgenheit zu genießen.

Aber Worte sind offenbar magisch. „Die Arbeitspflicht“ ist gedeutet worden, als wäre die Rede davon, etwas wieder einzuführen, was der Sklaverei ähnelt oder doch dem feudalen Frondienst. Diese Assoziationen sind jedoch ganz irreführend, da sowohl die Sklaverei als auch der Frondienst eine einseitige Verpflichtung für den Armen oder den Unfreien war, eine Leistung für den Reichen und Mächtigen, ohne daß dieser verpflichtet war, eine größere Gegenleistung zu erbringen. Etwas von dieser Einseitigkeit oder Mangel an Ausgleich finden wir auch heute ständig in der Gesellschaft zwischen dem Privatbesitz des Kapitals und den großen Gruppen von Lohnabhängigen. In der Praxis haben wir ja schon heute eine „Arbeitspflicht“ für den größten Teil des schwedischen Volkes, und das nicht nur für zehn oder fünfzehn Jahre, wie es hier vorgeschlagen wird, sondern für das gesamte Leben der Erwachsenen. Diese eigentlich schon existierende Arbeitspflicht verstecken wir hinter Worten wie „Arbeitsvertrag“, „Arbeitnehmer“ und besonders dem grundsätzlich falschen Wort „Arbeitgeber“, das möglicherweise die Mythen und die Magie des eigentlichen Zwanges zur Arbeit verschönert, dem die allermeisten schon unterworfen sind.

Was ich vorschlage, ist nur eine Verkürzung der jetzigen Arbeitspflicht oder wenigstens die Möglichkeit einer solchen Verkürzung.

Der Inhalt der auszuführenden Arbeiten, das Arbeitsmilieu, die Arbeitsdisziplin und das Arbeitstempo dürfen nicht negativ verändert werden. In der Praxis bedeutet mein Vorschlag nur, daß Menschen für eine gewisse Periode etwa die gleiche Arbeit verrichten wie heute, jedoch in einem staatlich kontrollierten Sektor, der ganz darauf eingerichtet ist, die menschlichen Grundbedürfnisse zu decken.

Mein Vorschlag beinhaltet einen wesentlichen Unterschied zur heutigen Situation. Ich setze nämlich voraus, daß alle, Männer wie Frauen, Reiche wie Arme, ihren Anteil an der notwendigen Arbeit verrichten müssen. Das bedeutet, daß mindestens zwei Gruppen der jetzigen Gesellschaft überaus gute Gründe haben, gegen meinen Vorschlag zu protestieren. Einerseits werden alle autoritären Ehemänner, „stone age male Chauvinist pigs“, die den Wunsch haben, ihre Frauen an den häuslichen Herd zu binden, stark gegen diese Utopie protestieren, wodurch die totale Gleichberechtigung der Geschlechter auf dem primären Arbeitsmarkt eingeführt würde und damit die Basis zu einer vollständigen Gleichberechtigung auch in vielen anderen Bereichen der Gesellschaft geschaffen wäre. Andererseits haben alle, wie z. B. auch die Schriftsteller, die von Anfang an durch die Institutionen der jetzigen Gesellschaft privilegiert waren und es nie nötig hatten, einen physischen Beitrag zu leisten, großen Grund zu protestieren. Alle der Ober- und Mittelklasse angehörenden Geschäftsleute, Bürokraten, Hausfrauen, Studenten, Politiker und Intellektuellen, die sich heute mit großer Bestimmtheit über die Bedingungen der Arbeit und die Arbeitsverhältnisse aussprechen, ohne sie jemals ausgeübt zu haben, sollten, falls mein Vorschlag realisiert wird, auch dazu gezwungen werden, an gewöhnlicher ehrenhafter körperlicher Arbeit teilzunehmen, z. B. in der Weise, wie unsere ackerbauenden Vorfahren sie die letzten zehntausend Jahre ausgeführt haben. In der Hinsicht, daß sie Angst vor einer solchen Schuferei haben oder einen schmutzigen Kragen bekommen oder sich schwarze Fingernägel holen, hat diese heute sehr große, in der öffentlichen Debatte total dominierende Gruppe allen Grund, gegen meine Ideen zu protestieren.

Dagegen verstehe ich nicht, daß die großen Gruppen der Arbeiter und Angestellten, die ja heute eigentlich schon einer Arbeitspflicht oder wenigstens einem lebenslänglichen Arbeitszwang unterliegen, mehr Grund haben, gegen meine Reformidee zu protestieren, da sich für sie ja teilweise der Grad und die Zeit der jetzigen Zwangssituation verringern, und da ihnen zum Teil ein weitaus größeres Maß an Freiheit, als es heute vorhanden ist, zur Gestaltung ihres Lebens gegeben würde.

3.3 Die Effektivität im Grundbedarfssektor

Der Grundbedarfssektor muß im Besitz der Gesellschaft sein oder von der Gesellschaft durch den Staatsapparat kontrolliert werden. Da die Produktion konstant sein muß, muß sie geplant werden. Technische Veränderungen innerhalb wie außerhalb der Produktion müssen geplant eingeführt werden.

Gegen diese Überlegungen wird unmittelbar der Einwand kommen, daß jede staatliche Produktion ineffektiv sei und Verschwendung von Ressourcen bedeute. Man kann diskutieren, ob dieser Einwand ideologischer Art ist oder ob man ihn mit relevanten empirischen Materialien belegen kann. Auf jeden Fall wird er erhoben werden, und deshalb sollte er hier beachtet werden.

Man sollte zu Beginn beobachten, daß die in diesem Sektor produzierten Produkte wohlbekannt sind, daß breite Erfahrungen mit der Produktion vorliegen und der Bedarf an technischen Erneuerungen wahrscheinlich nicht groß ist. Die mangelnde technologische Dynamik, deren die kommunistischen Staaten in Osteuropa ständig angeklagt werden, brauchte kaum ein Problem zu werden. Ferner ist auch die Nachfrage verhältnismäßig stabil und im voraus in groben Umrissen bestimmt. Wenn sowohl die zugänglichen Ressourcen, die technologischen Produktionsmethoden als auch die Nachfrage bekannt sind, sollte eine effektive Produktionsplanung und ihre ebenso effektive Durchführung auf keine großen Hindernisse stoßen.

Hier muß man hinzufügen, daß hinter einem Großteil der „Effektivität“, die heute ihren Ausdruck in der Kapitalrendite findet, sich eine Entwicklung verbirgt, die nach menschlichen Gesichtspunkten zweifelhaft ist. Trotz der enormen „Effektivitätssteigerung“, gemessen an den Zahlen des Bruttonationalprodukts pro Einwohner und handgreiflicher an dem steigenden persönlichen Einkommen, hat unsere jetzige Entwicklung dazu geführt, daß die Lebenserwartung der Bevölkerung der reichen Länder stagniert und für erwachsene Männer in einer Reihe von Ländern sogar zu sinken begonnen hat. Dieses ist ein „Effektivitäts“-Kriterium, das vom menschlichen Gesichtspunkt aus gesehen ebenso wichtig ist wie die Vergrößerung des Bruttonationalproduktes. Die privatwirtschaftliche „Effektivität“ beinhaltet, daß unsere Nahrung und besonders auch die unserer Kinder zu Cornflakes, Chips und Hamburgers hinführt, eine zweifelhafte Tendenz, die dazu beiträgt, die Sterblichkeit auf eine neue Art zu erhöhen. Es gibt Studien, auch öffentliche amerikanische Untersuchungen, die zeigen, daß die privatwirtschaftliche Effektivitätssteigerung innerhalb der Lebensmittelbranche eine Gefahr für die Gesundheit des Volkes darstellt. Diese Art kapitalistischer Effektivität ist nicht das, was man im Grundbedarfssektor anstreben sollte.

Es ist schwer vorauszusagen, wie es mit dem Willen des Arbeiters aussehen wird, einen angemessenen Einsatz innerhalb des Grundbedarfssektors zu leisten. Man kann Argumente sowohl für als auch gegen den Glauben daran bringen, daß der Wille dazu sich auf dem jetzigen Stand halten wird oder sich vergrößert bzw. verringert. Wir wissen nichts darüber.

Aber das bedeutet auch, daß wir nicht unmittelbar den Gedanken eines staatlichen Grundbedarfssektors mit dem Argument verwerfen können, daß die Arbeitsproduktivität dadurch katastrophal verringert würde. Auch das wissen wir nicht. Sollte das Entsetzen vor einer solchen Entwicklung groß sein, so wird man sicherlich irgendeine Form privater Konkurrenz als Richtschnur für einen kleineren Teil des gesamten Verbrauchs in diesem Sektor konstruieren oder eine gewisse Konkurrenz zwischen den einzelnen staatlichen Einheiten einbauen.

Das Effektivitätsproblem ist in diesem Teil meiner Utopie vorhanden, aber man sollte es nicht übertreiben. Es existiert außerdem auch schon heute, wenn die privatwirtschaftliche Effektivität menschliche und soziale Kosten erzeugt, die wahrscheinlich genauso groß sind wie der Profit der Privatunternehmen. Der Begriff „Effektivität“, der heute an erster Stelle für die Anerkennung und Legitimation des Privatkapitals steht, sollte im großen und ganzen auch als Ausgangspunkt bei der Ausbeutung der Arbeitskraft weitaus mehr in den Mittelpunkt gestellt werden.

4. Der Überflußsektor

4.1 Der Handel und die Überflußaktivitäten als eine Form des Lebensinhalts

Soweit wir zurückschauen in der Zivilisation, treffen wir auf Kauf- und Handelsleute. In Hamurabis Gesetzen gibt es etliche Paragraphen, die ihre Unternehmen regulieren. Die Griechen hatten einen besonderen Gott für die Kaufleute, zusammen mit den Dieben. Die Grundlage für Adam Smith' Lehre ist die menschliche Neigung zum Tausch und Handel. Heute ist das Kaufen und Verkaufen etwas Zentrales in der westlichen Zivilisation.

Eine Reaktion gegen dieses Unternehmen hat ebenso lange existiert. Beim buddhistischen Klassiker Sutta Nipata heißt es u. a., daß „das Mönchideal von demjenigen nicht erreicht werden kann, der Eigentum besitzt“, und daß der buddhistische Eremit „unbefleckt vom Eigentum“ ist. Augustinus machte das Eigentum zu einer teilweise notwendigen Strafe der Sünde, die in der Habgier lag. Der heilige Franz heiligte die Armut und die Besitzlosigkeit, was ein späterer Papst als Ketzerei hinstellte. Und heute haben wir den Marxismus, der den Gedanken reinhält, daß die Gesellschaft über den Staat alle Produktionsmittel besitzen muß. Hier gibt es zwei lange ungebrochene Tendenzen unserer Geschichte. Obwohl die meisten wohl keinerlei Bewußtsein dieser Tradition besitzen, sollten wir uns nicht einbilden, daß wir von ihnen frei sind oder sehr originell sind.

Wie oben im Kapitel VI, 4 angedeutet wurde, sind die heutigen Variationen dieses uralten Themas das Zentrum eines Entweder-Oder-Standpunktes. Auf der rechten Seite will man die alte Kaufmannschaft beibehalten, von so wenigen staatlichen Regulierungen wie möglich eingeschränkt. Auf der linken Seite ist es das Ideal, die freie Kaufmannschaft ganz abzuschaffen, obwohl die Wirklichkeit beinhaltet, daß man bis auf weiteres daran arbeitet, sie so hart wie möglich zu regulieren. Die Systeme sind rekultiviert worden sowohl in den USA als auch in der Sowjetunion. In allen entwickelten Ländern gibt es eine Form von Mischwirtschaft, in sozialistischen wie in kapitalistischen, aber immer noch vermischt mit mehr oder weniger starken Elementen des freien Geschäftes und staatlicher Regulierungen. Im Westen ist die durchgehende Tendenz, daß der Staat seine Regulierungen auf die gesamte Wirtschaft ausdehnt.

In der hier diskutierten Utopie unternehmen wir eine neue Aufteilung zwischen dem staatlichen und dem privaten Sektor, erkennen aber die Existenz eines privaten Sektors an. Das steht in erheblichem Kontrast zu den sogenannten sozialistischen Utopien, in denen der Staat sämtliche Produktionsmittel und den gesamten Handel übernommen hat, d. h. alle Bereiche, in denen Gewinn erwirtschaftet werden kann. Hier wird dagegen der Gedanke anerkannt, daß die Kaufmannschaft, Produktion und Verbrauch im Überfluß, vielen Menschen einen reichen Lebensinhalt bringt, so wie es die zitierte Tradition andeutet. Wenn viele Menschen meinen, die existentielle Leere mit Hilfe dieser Art Unternehmen ausfüllen zu können, warum sollen wir dann in den dialektischen Gegensatz verfallen und behaupten, daß sämtliche private Unternehmen abgeschafft werden müssen? Warum können wir nicht die These Hamurabis und die Antithese von Marx in eine neue Synthese von der skizzierten Art eingehen lassen?

Wenn die Bedürfnisse im Reich der Notwendigkeit gedeckt sind, braucht das Reich der Freiheit nicht ein Unternehmen auszuschließen, das offenbar dem Leben sehr vieler Menschen Inhalt geben kann. Falls dieser Lebensinhalt darin besteht, zu kaufen und verkaufen, zu spielen, auszuleihen, zu investieren, ein Risiko einzugehen und Unternehmen aufzubauen oder darin zu arbeiten, um Luxuswaren verbrauchen zu können, so muß auch dies zu den vielen Freiheiten des Menschen gehören.

Die Absicht meines Vorschlages ist somit keineswegs, die gesamte Gesellschaft auf einen asketischen wirtschaftlichen Minimalstandard zu bringen. Ganz im Gegenteil ist es äußerst wahrscheinlich, daß eine sehr große Anzahl Menschen auch in Zukunft den größten Teil ihres Lebens darauf konzentrieren wird, ihren materiellen Lebensstandard zu erhöhen. In einer Übergangsperiode würde das mit großer Sicherheit der Fall sein. In der langfristigen Perspektive dagegen können die sozialen Bewertungsmaßstäbe oder die Ressourcenproblematik in einer Form verändert werden, daß der hohe materielle Lebensstandard immer weniger Gewicht bekommt.

4.2 Die Freiheit des Arbeiters dem Kapital gegenüber

Falls die jetzigen Fürsprecher des Kapitalismus darin Recht behalten, daß ihr Unternehmen nur dem gefühlsmäßigen natürlichen Bedürfnis der Menschen entspreche, wird der Unterschied zwischen den heutigen Unternehmen und meinem Modell nicht besonders groß sein. Möglicherweise wird der staatliche Sektor ein wenig größer als heute. In diesem Fall wird die Arbeitsdienstpflicht auch keine Veränderung im menschlichen Leben bedeuten. Arbeiten und schuften tun sie ja in jedem Fall, und der Unterschied, für den Staat zu arbeiten oder für den privaten Unternehmer, wird in der Realität minimal sein.

In einem Punkt, vielleicht dem wichtigsten von allen, wird mein System jedoch eine äußerst wesentliche Veränderung beinhalten, nämlich in der psychologischen Freiheit des Arbeiters dem Kapital gegenüber.

Historisch gesehen hat eine Entwicklung stattgefunden von der primitiven Bauerngemeinschaft über die Sklaverei und die Leibeigenschaft zu der Situation, die die Marxisten mit voller Berechtigung Lohnsklaverei nennen. In der heutigen Wirtschaft haben die arbeitenden Individuen nur geringe Möglichkeiten, ihre Situation auf dem Arbeitsmarkt zu beeinflussen. Entweder sie finden sich damit ab, acht Stunden täglich, fünf Tage pro Woche, zu arbeiten, oder sie müssen hungern, Sozialhilfe beantragen oder in eine Anstalt gebracht werden. Durch kollektive Aktivität haben die Arbeiter jedoch auf der

Basis von Verhandlungen die Verteilung der Einkommen zwischen dem Kapital und der Arbeit beeinflussen können und zu einer besseren Arbeitssituation beigetragen. Mit der kommerziellen Indoktrinierung, der Bedürfnisaufblasung und den Bindungen, wie z. B. dem Kaufen auf Raten, ist der einzelne Arbeiter aber gezwungen worden, die Willkür des Arbeitsmarktes sein gesamtes aktives Leben hindurch zu akzeptieren.

In meinem Modell erhält der Arbeiter eine wirtschaftliche Grundgeborgenheit, die ihm eine sehr viel größere psychische Freiheit im Verhältnis zum Käufer seiner Arbeitskraft gewährt. Falls er oder sie den Lohn im privaten Sektor nicht ausreichend oder die Arbeitsverhältnisse nicht befriedigend finden, können sie zu jeder Zeit den Arbeitgeber im Stich lassen, wohl wissend, daß die grundlegende Geborgenheit für sich und die Familie besteht, gesichert durch den staatlichen Grundbedarfssektor. Die Freiheit der Individuen, eine physisch und psychisch belastende Arbeit aufzugeben, sollte dabei die Möglichkeiten für alle Familienmitglieder zum Hinein- und Hinausgehen in den privatwirtschaftlichen Bereich des Arbeitsmarktes so erweitern, daß der eine längere Zeit ohne Arbeit leben kann, während der andere arbeitet, und umgekehrt.

Mit anderen Worten, das Individuum würde sich in den Jahren ohne Arbeitsdienstpflicht weit von der Lohnsklaverei entfernen, hinein in das Reich der höheren Freiheiten. Die Möglichkeiten, es mit materiellen Fesseln zu binden, sind zerbrochen.

4.3 Die Ausbeutung wird abgeschafft

Aus dem Blickwinkel der „Ausbeutung“ ist dies überaus wichtig. Der marxistische Sozialismus baut auf der Annahme auf, daß der einzelne Arbeiter dem Willen der Kapitalisten unterworfen ist, weil diese im Besitz der Produktionsmittel sind. Indem man den Arbeiter von den Produktionsmitteln trennt, kann der Kapitalist ihn auf die Straße setzen ohne jegliche Möglichkeit, sich zu versorgen. Wenn die Situation so ist, hat der Kapitalist notwendigerweise die Übermacht bei den Lohnverhandlungen, und deshalb enden sie mit der ungerechten Verteilung der sogenannten Früchte der Arbeit, d. h. der Arbeiter wird ausgebeutet.

In meinem Modell hat der Grundbedarfssektor die grundlegende Geborgenheit des Arbeiters geschaffen, so daß er es nie nötig haben wird, sich dem Zwang zu unterwerfen, den das marxistische Ausbeutungsmodell voraussetzt. Falls die Bedingungen des Käufers der Arbeitskraft nicht akzeptabel sind, hat der einzelne Arbeiter die volle Freiheit, sie nicht zu akzeptieren. Dadurch ist eine wesentlich gerechtere Verhandlungssituation im Vergleich zu früher entstanden.

Man könnte behaupten, daß durch die Form der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik in den skandinavischen Ländern schon teilweise die Möglichkeit der Ausbeutung abgeschafft worden ist, wenigstens aus einem wirtschaftlichen Blickwinkel heraus. Dagegen ist es zweifelhaft, ob diese Ausbeutungsmöglichkeit auch aus psychologischer Sicht abgeschafft ist, wobei das Problem der Arbeitslosigkeit immer noch sehr aktuell ist, besonders für die Jugend. In meinem Modell sollte auch dieses Problem gelöst werden, nämlich durch den Freiheitssektor.

5. Der Freiheitssektor

5.1 Reich, aber sinnlos

In den USA gibt es eine bekannte Untersuchung von Richard A. Easterlin. Nach einer ungefähren Verdoppelung der Real-

einkommen in einer 20jährigen Periode fragte Easterlin eine Reihe seiner Landsleute, ob sie sich glücklicher fühlten, nachdem sie reicher seien als früher. Das war nicht der Fall. Ähnliche internationale Untersuchungen deuten an, daß die reichen Amerikaner sich selbst nicht glücklicher fühlen als die armen Kubaner, oder die Deutschen nicht glücklicher als die Nigerianer.

Es deutet einiges darauf hin, daß der vergrößerte Reichtum dieses Volk nicht glücklicher macht. Der Reichtum scheint somit keinen großen Sinn im Leben des Individuums zu haben.

Dagegen gibt es eine umfangreiche Literatur, die andeutet, daß die Probleme der Entfremdung, das Gefühl der Einsamkeit der Individuen, die Unüberschaubarkeit und Sinnlosigkeit immer noch bestehen, auch in der reichen entwickelten Gesellschaft.

Man kann hier die Frage stellen, ob dieses Gefühl der Sinnlosigkeit in einem Zusammenhang mit der jetzigen Bedeutung der Vollbeschäftigung und der Arbeit als primärem Ziel und Lebensinhalt steht. Die Sozial- und Arbeitsmarktpolitik war darauf eingestellt, die Wirkungen der Arbeitslosigkeit zu mildern. Aber solange die Arbeit des Individuums der Maßstab für die Gesellschaft ist, ist eine solche Politik nicht in der Lage zu verhindern, daß ein Gefühl von Sinnlosigkeit parallel zur Arbeitslosigkeit wächst. Das Problem wird allmählich größer, nachdem die technische Entwicklung immer effektivere Individuen fordert und die weniger effektiven aus dem Produktionsprozeß ausstößt. Und gleichzeitig wird ein ständig wachsender Verbrauch unsinniger Waren gefordert, um die Nachfrage auf einem solchen Niveau zu halten, daß die Beschäftigung nicht sinkt. Dieses Gefühl der Sinnlosigkeit trifft nicht nur die kleine Gruppe, die als tatsächlich arbeitslos eingestuft wird, sondern auch die, die in die „beschützten“ Beschäftigungen verschiedener Art hineingedrängt worden sind und am Gebrauchswert ihrer Arbeit im Inneren zweifeln. Das gleiche gilt für die Absolventen verschiedenster Ausbildungsrichtungen, die man als „eine Art Gefriertruhe betrachten kann, in der man die (jungen) Arbeitslosen konserviert, bis sie gebraucht werden“, wie es kürzlich in einem dänischen Gutachten stand. Das Gefühl der Sinnlosigkeit ist auch sehr stark bei den Menschen ausgeprägt, die in einem bürokratischen Apparat arbeiten, dort mit Papier hantieren und die Notwendigkeit ihrer Tätigkeit mit dem Gedanken anzweifeln, ihre Arbeitsplätze würden sowieso wegrationalisiert werden. Die Sinnlosigkeit erdrückt auch viele, die ihr Geld mit Hilfe eintöniger Handbewegungen in einer Produktion sinnloser Statussymbole verdienen, und viele andere, deren Arbeitseinsatz keine große Bedeutung für die nähere Umgebung oder die Gesellschaft als Gesamtheit zu haben scheint.

Ist es übertrieben zu sagen, daß der moderne Mensch sich reich, aber sinnlos fühlt?

Warum ist dies so, und was können wir dagegen tun?

5.2 Je mehr du hast, desto weniger bist du

„Je mehr du ißt, trinkst, Bücher kaufst, ins Theater gehst, oder auf einen Ball, oder in das öffentliche Haus, und je weniger du denkst, liebst, theoretisierst, singst, malst, fechtest usw., desto mehr kannst du sparen und desto größer wird dein Vermögen, das weder die Motten noch der Rost auffressen können, d. h. dein Kapital. Je weniger du bist, je weniger hast du . . .“

Diese Sätze stehen in Marx' „ökonomischen und philosophi-

sehen Manuskripten“ von 1844, hier in Lionel Trillings „Sincerity and Authenticity“ in einem Abschnitt zitiert, wo Trilling das Bedürfnis zu sein, zu existieren diskutiert, und wie dieses Bedürfnis von der kommerziellen Zivilisation verdrängt wird, wo der Wunsch nach Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung ein wesentlicher Bestandteil ungeachtet des schon erreichten materiellen Niveaus ist.

Je weniger du bist, desto mehr hast du. Oder umgekehrt: Je mehr du hast, desto weniger bist du. Ist das nicht ein angemessener Ausdruck für ein Gefühl, welches heute manches Individuum den unsichtbaren Machtstrukturen gegenüber hat, die es zwar reich gemacht haben, aber – außerhalb des Produktionsapparates – als sinnlos erscheinen lassen?

Eine moderne Version der Sätze von Marx finden wir in Tibor Scitovskys vernichtender Kritik der konventionellen wirtschaftlichen Analyse der psychologischen Armut. Gedanken gleicher Art finden wir auch bei Fred Hirsch, der die labile Grundlage der ökonomischen Denkweise, die heute in der westlichen Welt dominiert, aufzeigt.¹¹⁾

Es ist natürlich nicht die Intention des freien Sektors, daß die Individuen, die mit dem garantierten materiellen Lebensstandard leben, genauso wie heute ihre Freizeit abgeschlafft vor dem Fernseher verbringen. Die Absicht ist, daß sie dank der hier diskutierten Ideen die Möglichkeit haben, sich aus voller Kraft mit den Dingen zu beschäftigen, die ihnen am Herzen liegen, und ihre Träume zu verwirklichen.

Dieser Gedanke baut auf zwei Voraussetzungen auf. Erstens, daß alle Menschen Träume und spontane Bedürfnisse haben, die sie zum Ausdruck bringen möchten. Zweitens, daß die jetzige wirtschaftliche Organisation unserer Gesellschaft große Gruppen dazu gebracht hat, die angebotene Arbeit zu akzeptieren, die ihren spontanen Bedürfnissen zuwiderläuft, so daß sie im Gegenteil erschöpft sind und ihre besten Arbeitsjahre dazu dienen, ihre Spontaneität zu verdrängen und ihre Träume zu töten. Selbstverständlich können und sollen diese Voraussetzungen weiter diskutiert werden. Ich unterstelle hier, daß sie berechtigt sind.

Die Individuen müssen selbst bestimmen, was sie machen wollen. Man sollte bemerken, daß die meisten der einfachen und äußerst sinnvollen Aktivitäten, die Marx im gesamten Zitat erwähnte, beinahe kostenlos sind. Scitovskys Hauptthese ist, daß alle Individuen ein Bedürfnis nach Veränderung und neuen Erkenntnissen haben. Durch Experimentieren mit verschiedenen Aktivitäten sollte die freie Zeit für das subjektiv Wichtige zur Verfügung stehen, das kaum etwas kostet.

Die große Hoffnung im Zusammenhang mit dem Freiheitssektor ist auch, daß die zwischenmenschlichen Beziehungen erweitert werden und das Gefühl der Einsamkeit und der Entfremdung überwinden, worüber in der Literatur viel geschrieben steht, und die bisherige Entwicklung, aus allen menschlichen Beziehungen Waren zu machen, die gekauft und verkauft werden können, gestoppt wird.

Noch konkreter bedeutet dies, daß vieles, was heute innerhalb des privaten wie auch des öffentlichen Sektors gekauft und verkauft wird, von den Individuen selber innerhalb der Familie produziert wird, um es direkt mit anderen Menschen auszutauschen. Das gilt nicht zuletzt auch auf dem Gebiet der Fürsorge.

¹¹⁾ Scitovsky, Tibor, *The Joyless Economy*. Oxford University Press 1976. Hirsch, Fred, *Social Limits to Growth*. Routledge & Kegan Paul, London 1977.

¹²⁾ Marx, Karl, *Das Kapital*, 3. Band, Dietz Verlag, Berlin 1959, S. 873.

¹³⁾ Edelstein, L., *The Idea of Progress in Classical Antiquity*, John Hopkins Press Baltimore, 1967, S. 53.

Ein unmittelbarer Einwand gegen diesen Gedanken ist, daß dies kein Fortschritt sei, sondern eher ein Zurückkehren in eine Phase, die vor der Marktwirtschaft existierte. Teilweise ist das natürlich richtig. Es gibt aber einen bedeutenden Unterschied. Er liegt darin, daß der Tauschhandel für gewöhnlich der Tausch zwischen vielen Armen und wenigen Reichen war, wo letztere die Zwangssituation der Armen ausnutzen konnten. Aber hier wäre es ein Tausch zwischen gleichen Partnern, bei dem keiner gezwungen wäre, auf seine materiellen Grundbedürfnisse Rücksicht zu nehmen. Der alte Tausch war normalerweise verbunden mit „Ausbeutung“, der neue könnte gerecht sein.

5.3 Das Reich der Freiheiten und Notwendigkeiten

In dem Freiheitssektor können sich die Individuen mit allem beschäftigen, was den Mitmenschen nicht beeinträchtigt, ein reicheres Kulturleben, mehr Ausbildung, mehr Zeit zum Bummeln, falls sie das wollen, mehr Zeit für Kinder, Familie, Erotik, Reisen oder, falls gewünscht, zur Ausübung der Religion oder politischer Aktivitäten. Und das alles muß als ebenso wichtig wie die Arbeit betrachtet werden!

Es geht nicht um „sekundäre Utopien“, wie sie einige nennen, sondern um die Verwirklichung einer klassischen, jedoch fast vergessenen marxistischen Utopie, um aus dem Reich der materiellen Notwendigkeit herauszukommen hinüber in das Reich der Freiheit. Es ist wenigstens genauso wichtig wie die Befriedigung der materiellen Grundbedürfnisse in einem Staatssektor, und genauso wichtig, wie der Sehnsucht der Menschen nach materiellem Überfluß durch den Überflußsektor eine Chance zu geben. Der Freiheitssektor ist Teil einer totalen Utopie, in der die materiellen Bedürfnisse gedeckt sind und die Individuen darüber hinaus die Chance haben, sich vom Reich des Grundbedarfs hinein in das Reich der Freiheit zu bewegen.

Die klassische Diskussion bei Marx zeigt, daß ihm bekannt war, daß die Grenze zwischen dem Reich der Grundbedürfnisse und dem Reich der Freiheit davon abhängt, in wie hohem Grade es dem Menschen gelingt, nicht seine materiellen Bedürfnisse, sondern seine Begierden zu bändigen.¹²⁾ Es ist möglich, daß Marx den Gedanken von Demokrit übernommen hat, der lehrte, daß die einzige Möglichkeit des Menschen, mit den Leiden und den Versuchungen fertig zu werden, darin liegt, als Standard für seine Bedürfnisse und Wünsche nur das absolut Notwendige und Unumgängliche zu wählen.¹³⁾ Die Frage ist in Wirklichkeit alt und deutet an, daß die Grenze vielleicht nie erreicht wird ohne eine außergewöhnliche Reform in der hier diskutierten Weise.

Wollen wir hinein in das Reich der Freiheit, so müssen wir mit größter Sicherheit uns selber Grenzen setzen in bezug auf die Zahl materieller Güter. Derjenige, der einmal die Notwendigkeit eines gesellschaftsmäßigen Arbeitseinsatzes akzeptiert und seine Begierde auf das elementare Niveau einschränkt, welches die Gesellschaft garantiert, hat in der Praxis das Reich der Freiheit erreicht.

5.4 Die Rolle der Schule

Die Schule wird ihre Rolle in der verwirklichten Utopie nicht verlieren, im Gegenteil. Aber die zukünftige Schule darf nicht nur gute Arbeiter für den materiellen Arbeitsprozeß ausbilden, sie muß den Individuen auch die Möglichkeit aufzeigen für ein sinnvolles Leben außerhalb des materiellen Sektors.

Auch die Schule ist in den letzten fünfzig Jahren kommerzialisiert worden. Das nationale Streben, bei der internationalen

materiellen Entwicklung mitzuhalten, hat bewirkt, daß die materiellen Interessen der Gesellschaft auch die Lehrinhalte beeinflussen. Außerdem ist die Unterrichtspflicht ständig verlängert worden, um die Qualifikation der Arbeitskraft zu erhöhen, den Erfordernissen der Industrie anzupassen. In der Praxis hat hier also die Gesellschaft mit den Mitteln der Steuerzahler teilweise die Privatwirtschaft subventioniert.

Ergebnis war, daß die sogenannten Luxusfächer, oder wie es die Deutschen mit dem entzückenden Wort „Orchideenfächer“ ausdrücken, d. h. Archäologie, klassische Sprache, Kunst-, Musik- und Literaturgeschichte, ja sogar Geschichte, den praktisch verwertbaren Fächern weichen mußten. Diese Reduktion der Kultursphäre in den Unterrichtsplänen der Schule hat zweifelsohne auch die Fähigkeiten der Individuen vermindert, der kommerziellen Propaganda in der Gesellschaft zu widerstehen. Das hat zweifellos zu einer Fixierung an materiellen Werten und zum Abbau des Interesses an Kulturellem beigetragen. Falls sich die Gesellschaft um die materiellen Grundbedürfnisse bemüht, ist es gar nicht notwendig, die Schulen in der Gesellschaft nach so krassen materiellen Prinzipien zu organisieren. Die Ausbildung könnte sogar verkürzt werden. Vielleicht sollte man die Schulzeit in den jungen Jahren auf Wunsch der Schüler reduzieren. In den verbleibenden Schuljahren könnte man, mehr als heute, Gewicht auf die alten kulturellen Fächer legen, die sogenannten Orchideenfächer, die dazu beitragen könnten, die großen Zusammenhänge zu begreifen, die großen Wahrheiten einzusehen, Schönheit zu empfinden und die wesentlicheren Dinge des Daseins zu finden.

In dem Grade, wie es die Privatwirtschaft außerhalb des Grundbedarfssektors für zweckmäßig hält, sollte auf deren Kosten den Mitarbeitern eine Ausbildung in irgendeiner Form zuteil werden. Die direkte fachliche Ausbildung übernimmt dann nicht der staatliche Sektor, sondern der private. Hier sollten dann die privaten bzw. eventuell kooperativen Unternehmen, die Arbeiter und Angestellte beschäftigen, die notwendigen Ausbildungskosten selber tragen und die Beschäftigten von der Notwendigkeit und den Vorteilen der hierfür investierten Zeit überzeugen.

In dem Grade, wie die Individuen in ihrer Freizeit den Wunsch verspüren, sich größeres Wissen über die komplexen Zusammenhänge von Natur oder Gesellschaft anzueignen, sollten die Interessierten private Schulen einrichten, in denen Wissen und Verstehen ein zentraler Lebensinhalt wird. Ausgehend von der Annahme, daß eine Reihe erfahrener Menschen einen Teil ihrer Freizeit dafür verwendet, wären solche Schulen nicht teuer.

Auch hier sollten die Grenzen zwischen dem Arbeitsbereich, der Schule und dem Kulturbereich verändert werden. Die Individuen hätten dann eine größere Freiheit, ihre Zeit zu gestalten, und auch die Kindheit sollte dazu beitragen, Voraussetzungen für ein freies und kulturelles Leben für den Rest des Daseins zu schaffen.

6. Der Machtsektor

Das Schwergewicht dieser Darstellung wurde auf die materiellen Bedürfnisse, auf die Vollbeschäftigung und auf Alternativen zur heutigen Wirklichkeit gelegt. Die politischen Probleme dieser Utopie, besonders beim Übergang, wären ohne Zweifel sehr groß für eine Regierung; die Diskussion soll hier jedoch nicht erfolgen.

Ich möchte lediglich unterstreichen, daß sich auch in der verwirklichten Utopie das politische Spiel und die Machtkämpfe

zweifelsohne fortsetzen würden. Sie sind im Menschen selbst angelegt und unabhängig von den ökonomischen und kulturellen Verhältnissen. Die neue Utopie brauchte neue Gesetze, in denen die Spielregeln zur Sicherung der Stabilität des Systems festgelegt sind.

Die Macht des Staates im Grundbedarfssektor wird sehr groß, zu groß, meinen einige. Aber sie wird da begrenzt, wo es um Detailregulierungen im restlichen Bereich der Wirtschaft geht. Im Gegensatz zu den heutigen Tendenzen wird sich die Macht des Staates nicht auf immer weitere Bereiche der Wirtschaft ausdehnen. Er wird auch nicht die totale Macht anstreben wie in den osteuropäischen Ländern.

Der Überflußsektor muß nach zwei Prinzipien reguliert werden. Einerseits gilt das alte klassische Prinzip des Liberalismus, wonach jeder das Recht hat, alles zu tun, was seinen Mitmenschen nicht beeinträchtigt. Das bedingt eventuell eine Erweiterung der Staats eingriffe. Ein Beispiel hierfür wäre der Umweltschutz. Außerdem sind keine Staatseingriffe notwendig bei Konjunkturschwankungen, die die Hauptaufgabe der gegenwärtigen Arbeitsmarktpolitik ausmachen. Im ganzen ist das Resultat eine größere Freiheit und klarere Spielregeln im Vergleich zu Handel, Produktion und Verbrauch in der Überflußgesellschaft heute.

Das andere Regulierungsprinzip muß die übrigen Gesellschaftsbereiche gegen eine mögliche Machterweiterung des Überflußsektors schützen. Ein roter Faden in der Kritik der heutigen Gesellschaftssysteme ist der, daß die Kommerzialisierung zu weit gegangen ist, so daß durch die produzierende Wirtschaft andere wichtige Gesichtspunkte in den Hintergrund gedrängt wurden. Um eine ähnliche Machtexpansion in der zukünftigen Utopie zu verhindern, könnte man sich irgendeine Form von Kauffrieden außerhalb des Überflußsektors vorstellen. Der Kauffrieden würde teilweise die mentale Vergewaltigung verhindern, die die Werbung heute ausübt, und nicht nur auf Minderjährige. Um zu verhindern, daß der Überflußsektor auf ungerechte Weise auf die Ausformung des Gesetzes einwirkt, müssen scharfe Trennungslinien zwischen dem Überfluß- und dem Machtsektor eingeführt werden. Um im Überflußsektor zu verhindern, daß wenige Unternehmen dominieren, sollte die Grundvoraussetzung der liberalen Wirtschaftstheorie – daß die Wirtschaft aus Familienunternehmen besteht, die ebenso wie die Buddenbrooks aufwachsen, blühen, vergehen und Platz für neue schaffen – wieder ins Leben gerufen werden, eventuell durch Regelung der maximalen Größe oder andere Änderungen im Gesetz der Aktiengesellschaften, die kleineren und jüngeren Unternehmen die Chance geben zu konkurrieren, die die heutigen multinationalen Riesen ihnen weggenommen haben.

Auch im Freiheitssektor müssen Machtgrenzen aufgebaut werden. Die Geschichte zeigt, daß alle Formen menschlicher Machtausübung zu Exzessen führen können. Sollte diese Utopie zu einer Ausweitung des Interesses an geistigen Aktivitäten führen, müssen Regelungen eingeführt werden, die die Entstehung neuer religiöser, politischer oder intellektueller Unterdrückung verhindern.

Schließlich müssen im politischen Bereich in einem neuen Grundgesetz neue Regelungen getroffen werden, die nicht nur die Machtexpansion der übrigen Sektoren in Grenzen halten, sondern auch sich selber Machtrestriktionen auferlegen.

Ein ausgewogenes Grundgesetz dieser Art sollte den Gedanken verwirklichen, der hinter dieser Abhandlung verborgen liegt, nämlich eine Gesellschaft zu schaffen, die zunächst allen Bürgern eine materielle Grundgeborgenheit garantiert und daneben eine größtmögliche Freiheit für die Individuen zur

Verwirklichung ihrer Träume und Wünsche schafft. Aber nicht nur in der Theorie, wie es heute der Fall ist, wo die kommerzielle Mentalität so gut wie jede andere Tätigkeit verdrängt und den Menschen auf den Mammon gelenkt hat.

Sondern in der Realisierung einer Gesellschaft, in der es in Wirklichkeit gleiche Möglichkeiten für materielle wie für nichtmaterielle Versuche gibt, unsere unvermeidliche existentielle Leere auszufüllen.